

Peter Beule/Stefan Müller (Hrsg.): Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 (Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, H. 16), Bonn 2022, 155 S.

Am 18./19. Februar 2021 organisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Konferenz zum Thema „Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914“. Wie die Herausgeber *Peter Beule* und *Stefan Müller* in ihrer Einleitung zum unentgeltlich erhältlichen Konferenzband hervorheben, fokussierte sich die Veranstaltung um die Leitfrage, „was die Arbeiter_innenbewegung als damals größte Massenbewegung eigentlich zusammenhielt“. Denn deren Geschichte wurde und wird meistens entlang ihrer Konflikt- und Spaltungslinien geschrieben, in Bezug auf die sozialdemokratische bzw. die kommunistische Bewegung. Denn obwohl es nirgendwo explizit erwähnt wird: Schon am Anfang der Geschichte der deutschen Arbeiterpartei standen massive Konflikte zwischen „Eisenachern“ und „Lassalleanern“, die sich noch auf dem Parteitag in Eisenach 1869 handfest entluden, wie sich August Bebel erinnerte.¹ Zu fragen, was die Arbeiter_innenbewegung und die mit ihr kooperierenden Bewegungen und Strömungen im Innersten zusammenhält, ist also gerechtfertigt. Die Konferenzbeiträge stehen deshalb im Kontext einer „Neuperspektivierung der Geschichte der Sozialdemokratie und bringen neue Forschungsansätze zur sozialdemokratischen Arbeiter_innenbewegung mit der aktuellen geschichtswissenschaftlichen Debatte über demokratische Potenziale des Kaiserreichs zusammen“,

wie es heißt. Angesichts der gegenwärtigen Schwäche von Sozialdemokratie und Linkspartei könnten auch zukünftige politische Implikationen mitschwingen: „Einheit, Disziplin, Geschlossenheit. Diese politischen und organisatorischen Vorstellungen von einer sozialistischen Massenpartei wurden über die Flügel hinaus geteilt – und sie hielten die Bewegung lange zusammen, trotz aller Richtungskonflikte.“ (S. 6) Dieses Fazit ergibt sich aus den Beiträgen von *Ernst Piper* über Rosa Luxemburg und *Walter Mühlhausen* über Friedrich Ebert und könnte einen Diskurs über künftige Parteiperspektiven nach dem möglichen Ende der Linkspartei eröffnen.

Hedwig Richter befasst sich mit Reform- und Demokratisierungsschüben „von oben“ und wendet sich gegen eine vorwiegend auf die reaktionäre Seite des Kaiserreichs abstellende Betrachtung. Oft seien es die Regierenden gewesen, die Maßnahmen durchführten, die eine Massenpolitisierung bewirkten, so bei den Wahlrechtsreformen z. B. im Norddeutschen Bund oder im Kaiserreich. Diese schufen Artikulations- und Bewegungsräume, z. B. für die Arbeiter_innenbewegung und für die Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Staatliche Gegenbewegungen wie die Rücknahme des Wahlrechts für schwarze Männer in den USA oder das „Sozialistengesetz“ ließen sich vor allem mit dem Widerstand der Privilegierten erklären, nicht aber allein mit dem politischen Willen der Regierenden. Einen anderen Akzent setzt *Andreas Fahrmeir*, der die Wahlsysteme Preußens und Großbritanniens

miteinander vergleicht und zu dem Ergebnis kommt, dass gerade in Preußen, stellvertretend für viele Bundesstaaten im Kaiserreich, ein Wahlrecht bestand, das weder politische Stimmungswandlungen im Parlament spiegelte noch politischen Talenten Entwicklungschancen bot. Die Herrschenden hätten, hier liegt der Dissens mit Richter, somit Demokratisierung und Reformen mittels des Dreiklassen-Wahlrechts verhindert. Auch die Herausgeber betonen, dass die Demokratiebewegungen des Kaiserreichs, allen voran Arbeiter_innen- und Frauenbewegung, sich trotz und nicht wegen des autoritär verfassten Kaiserreichs entwickelt hätten. *Thomas Welskopp* (Bielefeld) verstarb während der Arbeiten an dem Band, sodass sein Vortrag nicht mehr überarbeitet werden konnte. Er schaute auf den Begriff der „Klasse“ und dessen Veränderungen im Entwicklungsprozess des Kapitalismus. Interessant ist sein Blick auf die Auflösung der Bindewirkung von Klassenbeziehungen, die sich für ihn mit Blick auf die Gegenwart auch in Paradoxien wie der weißen Arbeiterunterstützung für Donald Trump oder der Hinwendung von Benachteiligten zu Narrativen des Populismus oder der Verschwörung äußern. Zu den vielfältigen und, wie er annimmt, über den reinen Klassenantagonismus hinausgehenden Elementen einer Klassenidentität der sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Verhältnis zur Arbeiterpartei wiederum äußert sich *Jürgen Schmidt*. Die Arbeiter_innenbewegung entwickelte sich zu einer Art Parallelgesellschaft, getragen vom Gegensatz

zwischen Kapital und Arbeit, die Klassenidentität der Arbeiterschaft aber beruhte auf einer ausgeformten Praxis gegenkultureller Vereine und sozialer Beziehungen. Dies schweißte zusammen und gehörte zu den Kohäsionskräften. So entstand die „Heimat Arbeiterbewegung“, thematisiert von *Hanna Strommenger*, die besonders die divergierenden Narrative über diese Heimat bei Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik vorstellt. Die Bedeutung von Räumen und Orten für die Entstehung eines sozialistischen Milieus steht im Zentrum des Beitrags von *André Biederbeck*, der an Strommenger anknüpft. Sozialistische Identitätsbildung als Kohäsion kontextualisieren zusätzlich die Texte von *Mike Schmeitzner* über die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ (SAZ) in Dresden und von *Andreas Biefang* zur konflikthafte Vergemeinschaftung im Rahmen von sozialdemokratischen Wahlkämpfen. Auch Letztere brachten, den politischen Differenzen im Alltag zum Trotz, Radikale wie Reforme zusammen. Erst 1919 brach die Mehrheit der neu gegründeten KPD den Konsens einer Wahlbeteiligung als Bestandteil jeder sozialistischen Praxis. *Gottfried Niedhart* rekapituliert Gustav Meyers liberalen Blick auf die Sozialdemokratie von 1890 bis 1914. *Mirjam Sachse* betont hinsichtlich des Frauenwahlrechts, „daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat“ (S. 99), womit sie Marie Juchacz' historische Rede im Reichstag vom 19. Februar 1919 zitiert. Damals funktionierte die

Kohäsion in der Frage der Ausgestaltung und des Schutzes des Frauenwahlrechts vor allem in den Fraktionen der Arbeiterparteien, nicht jedoch unter den 38 Parlamentarierinnen. Die programmatischen Debatten in der Vorkriegs-Sozialdemokratie schlagen sich bei Piper und *Jörn Schütrumpf* nieder, und somit auch die aktuell-politischen Implikationen. Piper beschließt seinen Aufsatz mit der sicherlich auch einladend zu verstehenden Schlussbemerkung, dass Rosa Luxemburgs Denken über die Spontaneität der Massen konträr zu Lenins Avantgardekonzept stand. Sozialismus heute und realer Sozialismus gestern sind also alles andere als deckungsgleich. Die USPD war eigentlich keine Wunsch-, sondern eine Notgründung, so Schütrumpf, lange hätten die Kräfte des Zusammenhalts ein früheres Auseinanderbrechen der SPD verhindert. Erst die offene Opposition der Gruppe um Hugo Haase und Georg Ledebour im März 1916 habe auch Friedrich Ebert, so Mühlhausen, die Einheit aufgeben lassen. Jedoch muss gesagt werden, dass Eduard David und Philipp Scheidemann schon früher zur Ausgrenzung der Opposition bereit waren.

Fazit: Der Band ist interessant, weil er wirksame Kräfte des Zusammenhalts einer in sich heterogenen Partei rekonstruiert und gleichzeitig neue politische Angebote andenkst, die nach einem potenziellen Aus der Linkspartei wirksam werden könnten.

Holger Czitrich-Stahl

Heather Brown: Geschlecht und Familie bei Marx. Eine Studie. Aus dem Englischen von Christian Frings, Dietz Verlag, Berlin 2021, 257 S.

„Was hat Marx der feministischen Theorie heute noch zu sagen?“ (S. 9), fragt die Politikwissenschaftlerin Heather Brown zu Beginn ihrer Untersuchung, die 2012 auf Englisch und nun in deutscher Übersetzung erschienen ist. Der „unglücklichen Ehe“ von Marxismus und Feminismus, wie Heidi Hartmann 1979 konstatierte, widmen sich viele deutschsprachige Neuaufgaben und Artikelsammlungen der letzten Jahre, u. a. von Lise Vogel (2019), Silvia Federici (2020, 2022) oder Mariarosa Dalla Costa (2022). Die Frage bleibt: Gehen Marxismus und Feminismus zusammen? Elementar ist wohl, wie man diese versteht. Brown richtet den Blick auf das Werk von Karl Marx. Er habe zwar keine Theorie der Geschlechterverhältnisse entworfen, doch ließen sich in seinem Gesamtwerk durchgehend Hinweise und Anknüpfungspunkte für deren Entwicklung finden. Eine Gesamtschau auf sein Schaffen sei nötig, da Marx „relationale Theorie ihre Stärke aus dem Zusammenhang zwischen dem Ganzen und seinen Teilen“ (S. 14) gewinne. Methode und Inhalt sind für Brown nicht zu trennen, denn sie seien „dialektisch miteinander verbunden“ (S. 14).

In diesem Sinne führt Brown chronologisch durch Marx' Werk, das sie äußerst detailliert untersucht. Von den Frühschriften über das „Kommunistische Manifest“ und das „Kapital“, seine journalistischen

1 August Bebel: Aus meinem Leben, Teil II, Berlin 1946, S. 79 f.

und politischen Aktivitäten bis hin zu seinen ethnologischen Exzerptheften zeigt Brown eine beeindruckende Bandbreite von Philosophie, Ökonomie und Politik. Neben der Kritik von Dualismen wie Natur–Kultur, Mann–Frau oder Subjekt–Objekt analysiert Brown auch klassische Themen wie geschlechtliche Arbeitsteilung, die Produktivität von (Haus-)Arbeit, die Lohnarbeit der Frauen sowie die Historisierung von Familie. Wenig bekannt ist Marx' Kritik der bürgerlichen Moral in seinen Schriften über den Selbstmord (1846) oder zum „Bulwer-Lytton-Skandal“ (1858). Diese zeigten, dass Marx auch die familiäre Unterdrückung der bürgerlichen Frauen sah und anprangerte. Denn auch diese Frauen wurden durch Moralvorstellungen und soziale Verhältnisse wie dem verweigerten Zugang zu Abtreibungen in den Selbstmord getrieben oder wie Lady Bulwer-Lytton in die Psychiatrie eingewiesen, als sie ihrem Mann unbequem wurde.

Brown spinnt in ihrem Buch implizit zwei rote Fäden: Humanistischer Marxismus und feministische Marxismuskritik, wobei Ersterer weniger offenkundig ist. Deziert knüpft Brown an das Werk von Raya Dunayevskaya (1910–1987) an, der ehemaligen Sekretärin Trotzki's, die den Humanistischen Marxismus begründete. Für den Humanistischen Marxismus gibt es keinen Bruch zwischen Marx' philosophischem Frühwerk und seinen späteren ökonomischen Schriften. Stattdessen zeigt Brown, wie menschliche Entfremdung und Emanzipation sowie die dialektische Methode

zentral für Marx' Gesamtwerk seien. Er komme in seinen späten Schriften eher zu den Überlegungen der Frühschriften zurück und versuche seine frühere abstraktere Auffassung zu den Geschlechterbeziehungen zu konkretisieren, denn: „Wie sein ganzes Werk beruhen auch diese [ethnologischen] Exzerpte von Marx auf seinem dialektischen Verständnis der menschlichen Selbstentfaltung.“ (S. 178)

Die feministische Kritik an Marx und am Marxismus ist hingegen auch hierzulande verbreitet. Brown hält wiederholt fest: Marx habe keine Theorie der Geschlechterverhältnisse entwickelt, aber „geschlechtsblind“ sei er deshalb nicht gewesen. Der Vorwurf, Marx interessiere sich nur für männliche Industriearbeiter als revolutionäres Subjekt und Fabrikarbeit, treffe jedenfalls nicht zu. So beschäftige er sich auf 80 Seiten des ersten Bands des „Kapitals“ mit Frauen- und Kinderarbeit sowie familiärer Unterdrückung. Brown zeigt auch seinen politischen Einsatz für die Gleichstellung der Frauen im politischen Kampf, z. B. in der Ersten Internationale. Die Lage der Frau war für Marx derart zentral, dass sich an ihr der Fortschritt der Gesellschaft ablesen ließe. Zur häufig an Marx geäußerten Kritik gehören: 1. der Vorwurf des ökonomischen Determinismus, 2. die angebliche Vorstellung von Frauen als Objekte ohne Handlungsmacht seit der „welthistorischen Niederlage des weiblichen Geschlechts“ (S. 158) und 3. die ihm in den Mund gelegte Behauptung, mit der Abschaffung des Privateigentums nach der proletarischen

Revolution würde sich auch die Unterdrückung der Frau wie von selbst lösen, da sie keine materielle Basis mehr habe. Diese Kritiken führt Brown auf Friedrich Engels zurück, den sie scharf von Marx abgrenzt. Engels sei ein „Post-Marx-Marxist“, da er „den Marxismus von Marx falsch interpretiert“ habe (S. 171 f.). Engels verstehe nicht, dass das „Patriarchat auch ohne Privateigentum existieren“ könne (S. 69), z. B. in den Arbeiterfamilien oder später der UdSSR und der Volksrepublik China. Allerdings bleibt unklar, wie Brown anhand von Marx' Material auf „das Patriarchat“ kommt. Ein Blick auf die Forderungen der Arbeiter*innenbewegung zur Frauenfrage (Stichwort: Vergesellschaftung der Hausarbeit) wäre möglicherweise hilfreich gewesen. Da Brown als reine Theoretikerin unterwegs ist, beschäftigt sie sich weniger mit den klassenkämpferisch-politischen Aspekten oder (bewegungs-)geschichtlichen Kontexten. So wird bspw. behauptet, Engels „Ursprung“ (1884) sei zu einer Zeit erschienen, als „sich die sozialistische Bewegung [...] von einer Kritik an den [...] Formen der Frauenunterdrückung weitgehend verabschiedet“ (S. 192) hatte. Dass fünf Jahre zuvor August Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ herauskam, scheint ihr unbekannt.

Letztlich zielt Brown auf eine intersektionale Analyse. Damit verwirft sie die Privilegierung von Klasse als analytische Kategorie, was Auswirkungen auf ihre Marx-Interpretation hat. Brown behauptet bspw., dass Marx im Artikel zum

Selbstmord begann, sich „mit dem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis zwischen Klasse und Geschlecht auseinanderzusetzen, ohne in seiner Analyse eines der beiden Momente grundsätzlich zu privilegieren“ (S. 255). Demgegenüber existiere für Zetkin die Frauenfrage nur klassenspezifisch und nicht allgemein. Für einen „marxistischen Feminismus“ bestehe nach Brown die Gefahr, einer „Privilegierung von Klasse gegenüber Geschlecht“ (S. 253). Die Lösung hierfür ist wie sonst auch der Verweis auf den dialektischen Zusammenhang, jedoch ohne konkret zu erklären, was daraus folgt. Dabei stellt sich jedoch grundlegend die Frage: Was ist Browns Position und was die von Marx? Zum Beispiel erklärt Brown bei der für marxistisch-feministische Auseinandersetzungen brisanten Frage des Verhältnisses von Produktion und Reproduktion zunächst, dass „Marx Produktion und Reproduktion als ein dialektisch miteinander verbundenes Ganzes“ (S. 90) verstehe, um kurz darauf festzustellen: „In einer akribischen und systematischen Analyse arbeitet Marx heraus, dass sämtliche Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in erster Linie von der Produktion determiniert werden, was insbesondere für den Kapitalismus gilt.“ (S. 91 f.) Brown plädiert jedoch dafür: „Gezielt danach zu suchen wie sich diese Wechselwirkungen geltend machen, ohne dabei eine der beiden ‚Sphären‘ zu privilegieren, könnte unser Verständnis von Kapitalismus, Geschlechterbeziehungen und ihrem Zusammenhang bereichern.“ (S. 93) Sie räumt zwar ein, dass sie damit „über

das hinaus[geht], was Marx selbst dazu geschrieben hat, aber es stimmt mit der Richtung überein, in die seine Überlegungen weisen“ (S. 93 f.). Hier scheint der Verweis auf die dialektischen Zusammenhänge der Teile zum Ganzen auch Marx' deutlich formuliertes analytisches Klassenprimat „aufzuheben“, um zu einer Versöhnung von Feminismus und Marx(ismus) zu gelangen.

Selbst wenn man Browns Marx-Interpretation nicht teilt, bietet ihr anspruchsvolles Buch zahlreiche Anknüpfungspunkte an aktuelle Fragen der feministischen Theorie, die sich nach Browns Auffassung zu sehr dem poststrukturalistischen „Relativismus“ (S. 252) zugewandt habe. Es dürfte in erster Linie feministische und marxistische akademische Kreise ansprechen, ist jedoch durch seine Zusammenfassungen – insbesondere durch das bei Jacobin¹ veröffentlichte letzte Kapitel – auch als Nachschlagewerk geeignet. Der Vorwurf der „Geschlechtsblindheit“ des Marxismus lässt sich mit ihm leicht entkräften.

Janette Otterstein

1 <https://jacobin.de/artikel/heather-brown-geschlecht-und-familie-bei-marx-engels-marxismus-feminismus-nancy-hartsock-heidi-hartmann/> [14. 7. 2023].

Hermann Bueren: „Bewegt euch schneller!“ Zur Kritik moderner Managementmethoden. Ein Handbuch, Klaus Kellner Verlag, Bremen 2022, 320 S.

Der Industriesoziologe Hermann Bueren legt mit „Bewegt euch schneller!“ eine

Übersicht über aktuelle Managementmethoden vor. Der prägnante Titel bezieht sich auf einen Ausspruch des SAP-Gründers Hasso Plattner, der mit „Antreiber-Emails“ (S. 76) die Beschäftigten des Softwareunternehmens dazu drängte, ihr Arbeitstempo zu erhöhen. Diese Antreiberei bildet das Kernthema des Buches. Buerens Interesse gilt zum einen der Legitimation des Managements, zum anderen möchte er dieser die Sicht der Beschäftigten gegenüberstellen. Acht Managementmethoden werden in jeweils eigenen Kapiteln behandelt. Diese sind unterteilt in (a) die Darstellung des Managementdiskurses, (b) seine historische Einordnung und (c) eine themenförmige Diskussion der Methoden aus Beschäftigtenperspektive.

Das Kapitel *Agil* geht dem ursprünglich aus der IT-Industrie stammenden Konzept der Agilität nach, das heute in vielen Unternehmen bei der Organisation von qualifizierter Wissensarbeit zur Anwendung kommt. Mag der schillernde Begriff der Agilität auch eine gewisse Vieldeutigkeit aufweisen, so meint die geforderte Beweglichkeit doch nichts anderes als Schnelligkeit: „Es geht“, so Bueren, „um eine Erhöhung des Arbeitstempos, gesteigerte Leistungsintensität und Rationalisierung.“ (S. 33)

Selbstständig, nicht selbstbestimmt untersucht die als Gegenstück zur herkömmlichen Betriebshierarchie dargestellte, vermeintlich selbstbestimmte Projektarbeit in fach- und abteilungsübergreifenden Teams. Bueren zeigt auf, dass diese Art der

Arbeitsorganisation widersprüchliche Anforderungen an die Beteiligten stellt. Zwar haben sie einen gewissen Einfluss auf den Arbeitsablauf, doch bleibt der Handlungsspielraum eng begrenzt. Das Management legt die Rahmenbedingungen fest – von Selbstbestimmung kann keine Rede sein. Eine solche würde auch den Rahmen der Arbeit sprengen, wie Bueren am Beispiel der Mitte der 1970er-Jahre von der Entlassung bedrohten Belegschaft des britischen Rüstungskonzerns Lucas Aerospace ausführt. Auf der Grundlage selbstorganisierter Projektarbeit präsentierten die Shop Stewards dem Management einen Plan zur Rettung der Arbeitsplätze, der vorsah, das Unternehmen weg von der Rüstungsproduktion hin zur Herstellung sozial und ökologisch sinnvoller Produkte zu führen.

In *Go for It!* zeigt Bueren Methoden des betrieblichen Gefühlsmanagements auf. Die Emotionalisierung von Worten, Begriffen und Konzepten oder die Vergemeinschaftung durch betriebliche Rituale sollen eine Hochleistungskultur hervorbringen. Derlei ist nicht neu, diese Fragen werden in der Arbeitspsychologie seit den 1920er-Jahren diskutiert. Die in Leitbildern von Unternehmen festgehaltene psychopolitische Performance Culture findet dort ihre Grenzen, wo sie zur psychischen Verelendung der Beschäftigten führt. Ihr setzt Bueren die von den Beschäftigten gelebte „Kultur der Hilfsbereitschaft und Solidarität“ (S. 127) entgegen.

An die Frage der Bewirtschaftung von Gefühlen knüpft das folgende Kapitel

Mitarbeitergespräche an, in dem Bueren zeigt, wie Beurteilungs-, Zielsetzungs-, Fehlzeiten-, Feedback- und Überlastgespräche die betriebliche Hierarchie zugleich bemänteln und festigen. Macht wird „nicht offen sichtbar, sondern durch die offene, freundliche Atmosphäre des Gesprächs verdeckt“ (S. 152). Die Gespräche dienen dazu, Konflikte als persönliche Probleme der Beschäftigten zu individualisieren.

Die Zielvereinbarung widmet sich anschließend dem Management by Objectives, bei dem das Management qualitative und quantitative Ziele festlegt und diese vermittels Zielvereinbarungen den Beschäftigten auferlegt. Bueren betont, dass diese ideelle Absprache zwischen Management und Belegschaft voller verdeckter Konflikte steckt, nicht zuletzt, wenn Leistungsvereinbarungen widersprüchlich definiert werden. Wo sich die als Gegenleistung für die Einhaltung der Zielvereinbarung versprochenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nicht einstellen, haben sich verdeckte Widerstandsformen entwickelt, die den eigentlichen Sinn der Absprache eigensinnig unterlaufen.

In *Die paradoxe Selbstorganisation* diskutiert Bueren die von agilen Unternehmen propagierte Arbeitsorganisation durch Arbeitsteams ohne Vorgesetzte oder die Entscheidungsfindung durch ein in horizontale Kreise unterteiltes Unternehmensmodell. Dabei knüpft er an Themen an, die in den Kapiteln über Agilität und Projektarbeit behandelt wurden. Bueren stellt fest, dass die behauptete Autonomie und Horizontalität

begrenzt bleiben. Zudem verweist er auf den Umstand, dass vermittels Gamification Spiele und Inszenierungen gebraucht werden, um den Leistungsdruck in den Teams zu erhöhen. Scham wird dabei gezielt als Machtmittel eingesetzt. Die Angst, als „Minderleister“ (S. 110) im Team bloßgestellt zu werden, führt zur Verengung der Perspektive der Beschäftigten: Diskutiert wird nur noch über individuelle Leistungsunterschiede untereinander, nicht aber über die von oben eingeforderte Arbeitsintensität.

Im kurzen Kapitel *Austausch statt Silo* bespricht Bueren die architektonische Arbeitsplatzgestaltung agiler Unternehmen. Open-Space-Büros mit Desk Sharing und dergleichen sollen den ständigen Austausch untereinander und damit die Kreativität fördern. Die neuen Bürolandschaften, so Bueren, haben die Tendenz, die eigentliche Arbeit zu verschleiern, indem sie sich als eine Art großes Wohnzimmer darstellen, in dem alle fröhlich miteinander Zeit verbringen. Dabei kann gerade das zu neuen Belastungserfahrungen führen, etwa durch Lärm oder durch den Verlust von Vertraulichkeit und Privatheit.

Im letzten Kapitel *Jenseits des Normalvollzugs* verweist Bueren nochmals auf die in den Managementmethoden angelegte Destruktivität. „Stresserfahrungen, emotionale und körperliche Belastungen, Angststörungen, Burnout, erlebte Abwertungen der eigenen Person und Ohnmacht, Überlastung, ständige Bewährungsproben und fehlende Anerkennung“ (S. 289) werden oft als individuelles Versagen betrachtet statt auf

strukturelle Bedingungen zurückgeführt. Der Raubbau an menschlichen Ressourcen ist, wie Bueren betont, zwar der kapitalistische Normalvollzug. Gleichzeitig verweist er darauf, dass Arbeiter:innen sich dagegen immer wieder zur Wehr gesetzt hatten. Der Widerstand gegen die Zumutungen des Managements äußerte sich indes nicht nur als Abwehr und Fluktuation, sondern auch in Gegenentwürfen für eine andere Art des Arbeitens (gerade während der 1970er-Jahre), die es wiederzuentdecken gilt.

Zwei Beiträge ergänzen zum Schluss Buerens Überlegungen. Michael Bretschneider thematisiert in *Kybernetisches Management digital verschärft* mögliche Folgen der unter dem Schlagwort der künstlichen Intelligenz vorangetriebenen Automatisierung des Managements. Schließlich referiert Ralf Pieper in *Rechtliche Grundlagen der menschengerechten Gestaltung der Organisation* die in Deutschland geltenden Normen zu Fragen der Arbeitsplatzgestaltung, des Arbeitsschutzes und der Mitbestimmung.

Die historische Verortung der von Bueren dargestellten Methoden ist etwas kurios geratet und nicht immer auf der Höhe der Forschungsdiskussion – die angeführte Fachliteratur ist älter und/oder bezieht sich nur auf Deutschland, was angesichts der Internationalität des Themas irritiert. Dieses Manko ist sicherlich dem Format des Buches geschuldet. Die einzelnen Kapitel referieren nicht akademische Debatten, sondern möchten unterstützendes Material für die betriebliche Praxis liefern. Dabei ist das Buch nicht nur für Beschäftigte

und für Gewerkschafter:innen nützlich, die sich im betrieblichen Alltag mit den Folgen agiler Arbeitsorganisation herumschlagen und mehr darüber wissen möchten. Es bietet allen einen gut verständlichen Einstieg in die Problematik moderner Managementmethoden, die sich mit kritischer Arbeitsforschung beschäftigen und sich für die Transformation der Arbeit in den letzten dreißig Jahren interessieren.

Andreas Fasel

Timothy Cheek/Klaus Mühlhahn/Hans van de Ven (Hrsg.): The Chinese Communist Party. A Century in Ten Lives, Cambridge University Press, Cambridge 2021, XXI + 282 S.

Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) ist bereits viel geschrieben worden. Rechtzeitig zum 100-jährigen Gründungsjubiläum der Partei sind nun einige Publikationen erschienen, die besondere Beachtung verdienen – darunter auch der überaus lesenswerte Sammelband der Historiker und Sinologen *Timothy Cheek, Klaus Mühlhahn* und *Hans van de Ven*.

Um eine weitere Meistererzählung zur Geschichte der Partei handelt es sich dabei jedoch nicht. Die Herausgeber bedienen sich vielmehr eines biografischen Ansatzes und rücken für jedes Jahrzehnt der Parteilgeschichte das Leben und Wirken einer Persönlichkeit in den Mittelpunkt. Anders als man auf den ersten Blick annehmen könnte, bedienen sie sich hier keines mikrohistorischen Ansatzes im engeren Sinne, der im Kleinen das Große sucht. Es geht ihnen

gerade nicht darum, prägende Persönlichkeiten zu porträtieren, um an ihnen die Geschichte der Partei besser zu verstehen. Das wird schon daran deutlich, dass unter den zehn porträtierten Personen viele nicht zu finden sind, die rückblickend die Geschichte der Partei entscheidend prägten.

Die Beitragenden dieses Sammelbandes, renommierte Sinolog:innen und einschlägig ausgewiesene Journalist:innen aus den USA, Europa und China, versammeln stattdessen unterschiedlichste Protagonist:innen der Parteilgeschichte – manche davon bekannte Persönlichkeiten in prominenten Rollen, andere erscheinen völlig randständig und sind höchstens Experten bekannt. Das Spektrum reicht von Hendricus Sneevliet, einem Agenten der Komintern, an dessen Bedeutung für die Parteilgründung *Tony Saich* zeigen kann, wie wichtig der Internationalismus für die Anfänge der Partei war (Kapitel 2), über Wang Guangmei, der fünften Ehefrau des chinesischen Staatspräsidenten Liu Shaoqi (Kapitel 5), bis hin zum reformorientierten Generalsekretär Zhao Ziyang, der 1989 im Zusammenhang mit der studentischen Demokratiebewegung auf dem Tiananmen auf Verständigung mit den Protestierenden setzte, in der Folge abgesetzt wurde und den Rest seines Lebens im Hausarrest verbrachte (Kapitel 7).

Welche Schlüsse können nun aus einer solch willkürlich anmutenden Sammlung biografischer „Schnappschüsse“ (S. 3) gezogen werden, die kleine und auch größere Steine eines Mosaiks zur Parteilgeschichte sind, ohne sich jedoch zu einem kohärenten

Gesamtbild zusammenfügen zu lassen? Die Herausgeber möchten mit ihrem Ansatz unterstreichen, dass die Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas keineswegs monolithisch ist, sondern komplex und vielgestaltig. Gerade indem sich die Beitragenden dem Anspruch einer kohärenten Meistererzählung verweigern und sich abseits des normativ aufgeladenen Diskurses über die Partei positionieren, öffnet sich ein Raum für ihren analytisch innovativen Ansatz, die Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas als facettenreich und widersprüchlich zu erzählen.

Ein prägnantes Beispiel ist das Schicksal des Schriftstellers Wang Shiwei, das – wie Cheek eindrücklich schildert – zeigt, wie selbst loyale Kritik letztlich unmöglich gemacht wurde (Kapitel 3). Er porträtiert den Schriftsteller als einen überzeugten Marxisten, der sich verpflichtet fühlte, die Kommunistische Partei vor dem inneren Verfall zu bewahren, den er bei der Guomindang zu erkennen glaubte. In Essays kritisierte Wang Shiwei Missstände in der Partei und plädierte für öffentliche Kritik durch marxistische Intellektuelle. Sein Handeln wurde jedoch als Angriff aufgefasst und führte dazu, dass er vor Gericht gestellt, verurteilt und schließlich im Frühjahr 1947 hingerichtet wurde.

Wie willkürlich und unvorhersehbar der Wandel der Partei in Zeiten des Umbruchs sein konnte, zeigt wiederum *Elizabeth Perry* in ihrem Beitrag zu Wang Guangmei (Kapitel 5). Sie war die Ehefrau des während der Kulturrevolution in Ungnade gefallen

Staatspräsidenten Liu Shaoqi. Trotz ihrer ultraloyalen Haltung fand sie sich auf der Anklagebank wieder und wurde selbst Opfer des Kampfes, für den sie eintrat.

Besonders instruktiv ist schließlich das Kapitel zum erwähnten Generalsekretär Zhao Ziyang (Kapitel 7). Mühlhahn verweist darin auf alternative Visionen der Entwicklung der Partei und rückt damit eine liberale Tradition in den Fokus, die sich in den 1980er-Jahren immer wieder zeigte und sich deutlich von dem Weg unterschied, den die Partei schließlich einschlug. Seine Ausführungen machen deutlich, dass die weitere Entwicklung der Partei ganz anders hätte aussehen können. Stattdessen markierte die Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen eine entscheidende Wende in der Parteihistorie – an die liberale Tradition der 1980er-Jahre konnte später nie wieder angeknüpft werden.

Die ausgewählten Beispiele zeichnen ein nuanciertes und facettenreiches Bild einer Partei, der es ein besonders wichtiges Anliegen war und ist, ein einheitliches Bild ihrer Geschichte zu prägen. Gerade vor diesem Hintergrund unterstreichen sie, wie wichtig es ist, die Geschichte der Partei in ihrer Vielgestaltigkeit und Kontingenz zu begreifen.

Für Fachleute bietet das Buch eine willkommene Alternative zu den dominanten Meistererzählungen über die Geschichte der Partei. Für diejenigen, die bisher wenig Berührung mit der Parteigeschichte hatten, empfiehlt sich zunächst die Lektüre einer eher klassischen Einführung, wie

der von Tony Saich.¹ Der zweite Griff kann und sollte dann jedoch zum Sammelband von Cheek, Mühlhahn und van de Ven gehen, um die Erzählung aufzubrechen und zu ergänzen.

Den Autor:innen ist ein konzeptionell wie auch analytisch beeindruckender Sammelband gelungen, dem eine breite Leserschaft nur zu wünschen ist.

Stefan Messingschlager

- 1 Tony Saich: *From Rebel to Ruler. One Hundred Years of the Chinese Communist Party*, Cambridge 2021.

Jean-Numa Ducange: *Quand la gauche pensait la nation. Nationalités et socialismes à la Belle Époque*, Fayard, Paris 2021, 329 S.

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben“, schrieben Marx und Engels im Jahre 1848 im Kommunistischen Manifest. Und präzisierten doch zugleich: „Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“

Wie sich dieses Wechselverhältnis konkret abspielte, dem geht Jean-Numa Ducange in seiner Studie nach. Er lehrt Zeitgeschichte an der Universität Rouen und ist durch eine Reihe von Arbeiten zur Geschichte der Linken, insbesondere in Deutschland und mehr noch in Österreich, hervorgetreten. Im hier vorliegenden

Buch: „*Quand la gauche pensait la nation*“ („Als die Linke über die Nation nachdachte“) geht es nun um das Wechselverhältnis zwischen nationaler Frage und Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, für die man in Frankreich rückwirkend den Begriff „schöne Epoche“ geprägt hat. Dies war eine Zeit großer Umwälzungen – die „erste Globalisierung“, wie die Zeit von der Mitte des 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg oft von Wirtschaftshistorikern genannt wird und die zumindest in Europa auf allen Ebenen Fortschritt versprach. Das bedingte in der Ökonomie den Aufstieg der Industrie zum dominierenden Wirtschaftsbereich und in der Folge das Wachstum der (industriellen) Arbeiterklasse und damit auch der Arbeiterbewegung. Dies schien sich ideal im Marxismus auszudrücken, der, insbesondere nach dem damaligen Verständnis, ein Fortschrittsversprechen abgab, das eine Antwort auf die zunehmenden sozialen Widersprüche dieses als unaufhaltsam empfundenen Aufschwungs zu geben schien.

Vor diesem Hintergrund untersucht nun Ducange, wie sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung der oben erwähnten Forderung von Marx und Engels nach Erhebung des Proletariats zur nationalen Klasse vor allem in Mitteleuropa annahm und dafür eine jeweils den konkreten Bedingungen angepasste Programmatik entwickelte. Neben der Auswertung einer Reihe zentraler Quellen mehr noch auf umfangreicher Forschungsliteratur basierend, ist seine Arbeit zwar an der Schnittstelle von

Politik und Theorie der Sozialdemokratie angesiedelt. Doch handelt es sich bei dieser historischen Darstellung nicht um eine weitere theoriegeschichtliche und systematische Übersicht über die verschiedenen Modelle zur Lösung von Nationalitätenkonflikten, wie das bereits in der Literatur zu finden ist.¹

Ducange folgt stattdessen der chronologischen Entwicklung: Wie zunächst die Erringung der Demokratie und damit die Schaffung des Kampfterrains für die Arbeiterbewegung in der Revolution von 1848 an eine „großdeutsche“ Lösung unter Einschluss Österreichs geknüpft schien, sich dann aber mit der Durchsetzung Preußens und insbesondere im Gefolge des Kriegs von 1870/71 gegen Frankreich die „kleindeutsche“ Variante durchsetzte, was schließlich von der Sozialdemokratie in beiden, nun voneinander unabhängig existierenden Reichen angenommen wurde. Damit allerdings war das von Deutschland abgekoppelte Österreich-Ungarn in seinem multinationalen Charakter bestärkt, wodurch sich insbesondere in der österreichischen Reichshälfte schnell Nationalitätenkonflikte vor allem in Böhmen und Mähren entwickelten. In den Debatten darum, was unter diesen Bedingungen für die Sozialdemokratie eine Nation ausmacht, wurde insbesondere von Karl Renner und Otto Bauer, die dafür umfangreiche und weitverbreitete Studien vorlegten, das Konzept einer „nationalkulturellen“ Autonomie entwickelt. Dabei sollte einerseits die staatliche Einheit – damit auch der einheitliche

Wirtschaftsraum – bewahrt bleiben, andererseits aber auch den verschiedenen nationalen Identitäten, die sich vor allem anhand der Sprachen artikulierten, eine gewisse Eigenständigkeit eingeräumt werden.

Dieses Konzept wurde sowohl von links wie auch von rechts innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie kritisiert: von einer radikalen Linken vor allem in den deutschböhmisches Gebieten, die den Faktor „Nation“ als Hindernis bei der Verwirklichung des Internationalismus attackierten. Und von einem rechten, durch den Revisionismus inspirierten Parteiflügel, der die Sozialdemokratie immer stärker „nationalisieren“ wollte. Für die österreichische Partei etwa hieß das, an die „großdeutschen Wurzeln“ der 1848er-Tradition anzuknüpfen und sie im Sinne einer Verbundenheit mit der mächtigen deutschen Arbeiterbewegung zu deuten.

Doch dies waren theoretische Positionen. Die politische Praxis gestaltete sich anders. Hier folgt nun Ducange sehr instruktiv den zahlreichen „Identitätsübungen“ der Sozialdemokratie, mit der sie „die Nation“ dem Bürgertum entziehen wollte, etwa durch Feiern der Revolution von 1848, aber auch von eigenen Schiller-Festlichkeiten und anderen Bemühungen um eine eigene „Volksgeschichte“.

Diese sozialdemokratischen „Nationsbildungsbemühungen“ strahlten sehr schnell auch über Mitteleuropa hinaus insbesondere auf das Zarenreich und auf den (noch osmanischen) Balkan aus. Dort propagierte die Sozialdemokratie die Idee einer

Balkanföderation, die den nationalen Partikularismen und Gegensätzen, insbesondere aber Staatsgründungen, entgegenwirken sollte. Aber auch die jüdische Frage – bei der von der Arbeiterbewegung verschiedene und gegensätzliche Lösungsmöglichkeiten entwickelt wurden – und nicht zuletzt die Kolonialfrage werden in diesem Panorama in jeweils vergleichsweise kurzen Kapiteln diskutiert. Diese erschöpfen die Themen zwar nicht grundlegend, liefern aber doch einen Überblick über die wesentlichen Debatten.

Ein eigenes Kapitel ist dem französischen Fall gewidmet, dem Modellfall einer revolutionären Nationsbildung von unten. Doch mit der Konsolidierung der Republik nach 1870 war auch dieses Erbe zwischen „einfachen“ Republikanern und Sozialisten umstritten, was sich immer wieder an den offiziellen Feierlichkeiten anlässlich von Jahrestagen entzündete.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges entluden sich schließlich die bereits seit Langem angedeuteten Widersprüche und Gegensätze (dieses unterschiedlichen politischen Erbes). Mit den verschiedenartigsten Begründungen, je nach den historischen Voraussetzungen, gliederte sich die Mehrheit der europäischen Sozialdemokratie in ihre jeweilige Nation ein. Dabei ergaben sich weitgehend Kontinuitäten zu den vor 1914 eingenommenen Positionen zur „nationalen Frage“. Nur in wenigen Fällen kam es zu Verschiebungen, bei Kriegsgegnern etwa aus Gründen einer allgemeinen pazifistischen Haltung oder im entgegengesetzten Fall durch eine bizarre

Marxismus-Interpretation, wie sie bei der ex-radikalen Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe in der SPD zur Rechtfertigung der Unterstützung eines imperialistischen Lagers gegen das andere herangezogen wurde. Nur kleine radikale Minderheiten opponierten, die zuvor bereits Vorbehalte gegen eine positive Adaption an die jeweilige Nation artikuliert hatten. Ein kurzer Ausblick auf die Momente der nationalen Frage vom Kriegsdebakel im Ersten Weltkrieg bis zur Zeit nach 1945, als die DDR versuchte, eine neue deutsche sozialistische Nation zu kreieren, schließt den Band ab.

Ducanges empfehlenswerte Untersuchung lässt, wenig überraschend, die Grundierung im französischen Forschungshintergrund nicht verkennen. Entsprechend den Forschungsschwerpunkten des Verfassers ist Ducanges Arbeit vor allem auf den „germanophonen“ Sozialismus zentriert und liefert nur wenige, unsystematische Ausblicke auf andere Räume. Es ist in erster Linie eine an der ideengeschichtlichen Entwicklung interessierte Studie. Die Ableitung in die alltägliche, konkrete Politik bleibt im Wesentlichen nur angedeutet. Das hätte vielleicht auch die Dimensionen einer solchen Untersuchung gesprengt. Insgesamt bietet die Studie aber einen guten Überblick über die Konzepte und Strategien bis zum Weltkrieg und räumt dabei mit der Illusion auf, dass durch den Sozialismus die nationale Frage einfach ignoriert worden sei. Sie lässt aber auch deutlich werden, dass oft mit dem Argument, sich den konkreten Herausforderungen durch

den Nationalismus zu stellen, eine Anpassung eingeleitet worden war. So kam das Verhalten im August 1914 keineswegs unerwartet und ist insofern nicht einfach als grundlegende Neuorientierung oder Bruch zu sehen. Angesichts wieder aufblühender nationalistischer Mobilisierungen gewinnt Ducanges Buch an Aktualität und liefert fundierte historische Einblicke, um sich auch gegenwärtig mit diesen Herausforderungen auseinanderzusetzen.

Reiner Tosstorff

- 1 Siehe dazu die „klassische“ Anthologie von Georges Haupt, Michael Löwy und Claudie Weill: *Les Marxistes et la question nationale 1848–1914. Études et textes*, Paris 1974. Sie fand zwar internationale Verbreitung durch viele Übersetzungen, auf Deutsch liegt aber nur das Nachwort von Michael Löwy mit einer Übersicht über die wichtigsten in den theoretischen Debatten entwickelten Positionen vor, siehe: Tom Nairn/Eric Hobsbawm/Régis Debray/Michael Löwy, *Nationalismus und Marxismus. Anstoß zu einer notwendigen Debatte*, Berlin 1978, S. 102–126. Auf Deutsch zum Thema jetzt auch Stefan Bollinger (Hrsg.): *Linke und Nation: klassische Texte zu einer brisanten Frage*, Wien 2009.

Yunxiang Gao: *Arise, Africa! Roar, China! Black and Chinese Citizens of the World in the Twentieth Century*, University of North Carolina Press, Chapel Hill 2021, 392 S.

Lässt sich globale Solidarität entlang persönlicher Erfahrungen und Erlebnisse erzählen? Das ist zumindest der Anspruch der in Toronto lehrenden Historikerin Gao Yunxiang.

Mit ihrer Studie möchte sie persönliche und globale Geschichte(n) verknüpfen und so neue Impulse für einen schwarzen transpazifischen Internationalismus setzen. In fünf Kapiteln zeichnet sie nach, wie drei afroamerikanische und zwei chinesische, politisch engagierte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst und Kultur ihr Leben und ihre Kämpfe miteinander verbanden. Gao widmet sich neben dem Soziologen und Bürgerrechtler W. E. B. Du Bois und dessen Ehefrau Shirley Graham Du Bois, dem Sänger Paul Robeson und dessen Partnerin Eslanda Robeson, dem christlichen Aktivist, Journalisten und Begründer des patriotischen Massensingens in China, Liu Langmo (刘良模), der Choreografin und Tänzerin Sylvia Si-lan Chen Leyda (陳錫蘭) und ihrem Partner Jay Leyda sowie dem Poeten Langston Hughes. Der Titel setzt sich aus einem Gedicht von Hughes und eines von Robeson vertonten chinesischen Revolutionsliedes und späteren Nationalhymne der Volksrepublik China „Chee Lai“ („Arise“) bzw. „Marsch der Freiwilligen“ zusammen. Nicht nur die Menschen, auch ihre Werke leisteten einen Beitrag zu einer transpazifischen Solidarität. Während die Autorin in einem Zeitraum von etwa 1920 bis 1980 den politischen Aktivismus der Afroamerikaner:innen in Bezug auf die Entwicklungen in China beleuchtet, nähert sie sich Liu und Chen eher biografisch an und diskutiert deren Aufenthalte in den USA. Sie alle waren zwar keine „Reisenden der Weltrevolution“ (Studer)¹, aber politisch engagierte „kulturelle Giganten“ (S. 3).

Als Schwarze und People of Colour (PoC) waren sie in den USA Repressionen und Überwachung ausgesetzt, machten dort (teils aber auch in China) Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen. Sie verkehrten in gleichen Kreisen und Organisationen, kannten sich untereinander und, obwohl nicht alle in Kommunistischen Parteien organisiert waren, sympathisierten mit sozialistischen Ideen. Literarisch, journalistisch oder künstlerisch wehrten sie sich gegen Kolonialismus, Rassismus und Imperialismus. Der chinesische Kampf gegen Fremdherrschaft und Feudalismus und schließlich der Sieg der Kommunisten im Bürgerkrieg 1949 und die Ausrufung der Volksrepublik waren für sie Vorgänge mit enormer Anziehungskraft.

Es war daher keine Überraschung, dass die Gründung des „Neuen Chinas“ nicht nur auf dem Tian’anmen-Platz, sondern auch im New Yorker Stadtteil Harlem gefeiert wurde. Diese verbindenden Elemente hervorzuheben ist Gao wichtig, da sie der gegenwärtigen Lehre und Forschung über sino-amerikanische (Kultur-)Beziehungen vorwirft, die USA überwiegend unhinterfragt als weiß zu markieren (S. 2). Ebenso wichtig ist ihr, die Rolle der Partner:innen nicht zu verschweigen: Shirley Graham Du Bois und Eslanda Robeson etwa waren ebenso politisch aktiv wie ihre Partner. Die Begeisterung für den chinesischen Kommunismus färbte auf ihre Partner ab, nicht andersherum – Lius Frau Chen Weijiang soll sogar eine radikalere Kommunistin gewesen sein als er selbst.

Wegen des intellektuellen und politischen Gewichts von W. E. B. Du Bois war die Reise des Ehepaares in die Volksrepublik im Jahr 1959 bereits Gegenstand wissenschaftlicher Aufsätze und biografischer Studien. W. E. B. Du Bois’ diskutabile Weltansicht in den 1930er-Jahren in Bezug auf den imperialistischen Angriff Japans und seine Ignoranz gegenüber der Realität im autoritär regierten China nach der kommunistischen Revolution hingegen weniger. Zugespitzt formuliert vertrat er ein Asien für Asiaten. So wäre eine asiatische Diktatur immer noch besser als der westliche Kolonialismus. Die rassistische, genozidale Dimension des japanischen Konzeptes einer „Großostasiatischen Wirtschaftssphäre“ blendete er genauso aus wie japanische Kriegsverbrechen oder nach 1949 die Konsequenzen radikaler maoistischer Kampagnenpolitik. Im Zuge mehrerer Kampagnen (etwa der Landreform, der „Kampagne zur Unterdrückung von Konterrevolutionären“, der „Drei-Anti- und Fünf-Anti-Bewegung“ oder der „Anti-Rechts-Bewegung“) wurden vermeintliche oder wirkliche Oppositionelle verfolgt, in Arbeits- bzw. Erziehungslager geschickt oder hingerichtet. Gao spricht an dieser Stelle von einer Entscheidung Du Bois’, dies zu ignorieren. An den Beispielen Robeson und Hughes kann sie zeigen, dass zumindest der japanische Imperialismus und Rassismus durchaus erkannt und zurückgewiesen werden konnten. Es wird deutlich, dass es neben den Gemeinsamkeiten gravierende Unterschiede hinsichtlich alternativer Systemvorstellungen gab.

Nach der Niederlage Japans konzentrierten sich die Hoffnungen der Du Bois' auf den Kampf der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), die sie ab etwa 1946 rückhaltlos unterstützten. Für die Partei wiederum wurde das Ehepaar im Laufe der 1950er-Jahre ein wichtiger internationaler Fürsprecher. Die Du Bois' fungierten fortan als kulturelle Diplomaten für zukünftige Beziehungen zwischen China und afrikanischen Staaten. W. E. B. Du Bois traf sowohl die gesamte Regierungsspitze inklusive Mao Zedong zusammen – als erster US-Amerikaner seit 1949. Leider verpasst es die Autorin an dieser Stelle zu diskutieren, inwiefern der Besuch von der KPCh politisch benutzt wurde oder inwieweit sich Du Bois hat benutzen lassen. Nicht zuletzt aufgrund des Desasters der Kampagne des „Großen Sprungs nach vorne“ suchte die Volksrepublik ihr Image international aufzubessern. Auch der chinesische Führungsanspruch in der kommunistischen Welt gegenüber der Sowjetunion, die als weiß markiert und als überheblich wahrgenommen wurde, sollte untermauert werden. Dass das Ehepaar Du Bois nach 1949 „arranged realities“ (S. 52) gezeigt bekommen habe, weist einmal mehr auf die von der KPCh verfolgten Interessen hin.

Die Frage nach den Interessen stellt sich im Verlauf der Studie häufiger und deutet auf ein methodisches Dilemma hin: Während auf der einen Seite persönliche Aufzeichnungen, Briefwechsel oder Akten des FBI Auskunft über das Denken und Handeln der Protagonist:innen geben, steht auf

der anderen Seite ab 1949 der chinesische Staat bzw. die Kommunistische Partei. Dieses Spannungsfeld zeigt sich beispielsweise in der chinesischen Berichterstattung über den Rassismus in den USA, der erkannt und verdammt wurde. Doch über die in der chinesischen Gesellschaft dominierende, rassistische Hierarchie, in der Schwarze Menschen ebenfalls keinen vorteilhaften Ruf genossen, erfahren wir nur bedingt etwas.

Langston Hughes, Urheber des Gedichtes „Roar, China!“, erfuhr bei seinem Shanghai-Besuch 1936 etwa einen weitaus weniger herzlichen Empfang als seine weißen Kollegen Harold Isaacs oder Bernard Shaw. Aufgrund seines Habitus und seiner vergleichsweise helleren Haut wurde er vom chinesischen Literaten Fu Donghua als „nicht weit von einem weißen Gentleman entfernt“ und „weniger furchteinflößend“ als von der Öffentlichkeit erwartet beschrieben. Der Vater der Choreografin Sylvia Silan Chen Leyda war in den 1920er-Jahren chinesischer Diplomat. Aufgrund französischer, chinesischer und afrikanischer Verfahren erfuhr auch er Rassismus und holte seine Familie deswegen erst spät nach China. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass sich dies nach der Revolution geändert hätte. Wie die „kulturellen Giganten“ in China rezipiert wurden, lässt sich nach 1949 folgerichtig nur an Artikeln in der „Renmin Ribao“ oder „Xinhua“ ablesen und war dementsprechend vorgegeben. Wie politisch die Rezeption war, zeigt sich am Beispiel Robeson, der ab 1962 kaum mehr

eine Rolle spielte (die Autorin vermutet wegen des sino-sowjetischen Bruchs). Bis auf Liu Langmo, der „naiv und blind“ (S. 175) jede Kampagne mittrug, wurden neben Robeson auch Chen Leyda und Hughes erst nach der Kulturrevolution (1968–1976) wiederentdeckt.

Mit ihrer Studie leistet Gao Yunxiang einen wertvollen Beitrag zur Geschichte des transpazifischen Internationalismus. Sie wird ihrem zu Beginn formulierten Anspruch gerecht, anhand von Einzelschicksalen komplexe Fragen, wie die nach der eigenen Identität und Heimat, zu behandeln – trotz einiger Längen.

Die fünf von ihr ausgewählten „Weltbürger:innen“ (samt Partner:in) haben jeweils wichtige, kulturelle und politische Beiträge zu einer globalen Solidarität geleistet. Gao kann zeigen, wie wichtig die chinesische Revolution als Symbol gegen die Unterdrückung für Afroamerikaner:innen und Chines:innen gleichermaßen war. Die Sowjetunion stellte zwar einen wichtigen Bezugspunkt dar, aber es war die chinesische Revolution, die zum Symbol für unterdrückte Menschen weltweit wurde. Abgesehen von Hughes, der sich am Ende aufgrund der Repressionen gegen alles Linke in den USA nach 1945 vom Sozialismus abwendete, bezeugten alle unnachgiebig ihre Unterstützung für die Volksrepublik China – und ignorierten dabei die Missstände. Und ja, noch heute zehrt China davon, als das Land zu gelten, das es aus eigener Kraft geschafft hat, sich aus halbkolonialen, halbfeudalen Strukturen zu befreien

und eine stabile, wenn auch autoritär regierte, Gesellschaft aufzubauen.

Hendrik Heetlage

- 1 Brigitte Studer: *Reisende der Weltrevolution. Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale*, Berlin 2020.

Wolfgang Hien: Die Arbeit des Körpers. Eine kritische Arbeitsgeschichte von der Hochindustrialisierung in Deutschland und Österreich bis zur neoliberalen Gegenwart, Mandelbaum Verlag, 2. korrigierte und erweiterte Aufl., Wien 2022, 364 S.

In seiner Auseinandersetzung mit Georg Lukács formuliert Adorno in Richtung seines ehemaligen geistigen Mentors eine interessante Kritik. Lukács, so Adorno, halte zwar zu Recht an der tragenden Objektivität der politischen Ökonomie fest, die der Marxismus ihr zubillige. Gleichzeitig jedoch überspiele jene „Erkenntnis, die [wie bei Lukács] sich beim Wertgesetz und der Überakkumulation bescheide“, jenes subjektive Leiden, das nach Adorno zentral für kritische Theoriebildung sei.

Wenn Adorno deshalb stets andere Formen der Erkenntnis eingefordert hat als jene, „die das Grauen der Welt unter Abstraktion von jenen subjektiven Erfahrungen nimmt, in denen es erst zum Grauen wird“, so ist ihm ein erheblicher Teil der Linken hier nie gefolgt. Denn so sehr sich diese Linke reflexiv immer wieder auf die Seite der Arbeiter gestellt hat, so sehr wird diese linke Theoriebildung und Klassengeschichtsschreibung von objektivierenden

Abstraktionen dominiert. Arbeiter werden dabei zu einem Teil „sozialer Kräfteverhältnisse“, Arbeiter hätten die „gesellschaftliche Hegemonie“ zurückzuerobern, sie agierten oftmals gegen ihre eigenen „materiellen Interessen“ statt für diese einzutreten, Arbeiter seien „ein prozessierender Widerspruch“,¹ durch Organizing könnten sie zu „strategisch eingesetzten Menschenmassen“² formiert werden, zudem gälte es die „Dialektik“ zu beachten, und auch der Verweis auf die emanzipative Entwicklung der „Produktivkräfte“ ist nicht selten. Wenn das subjektive Leiden der Arbeiter innerhalb dieser linken Theoriebildung überhaupt eine Erwähnung findet, dann in dem totgerittenen Terminus „Ausbeutung“.

Allerdings: Obgleich die schablonenhafte Sprache jener politischen Linken – die sich letztlich für Arbeiter nur insoweit interessiert, wie diese gewillt sind, dieser politischen Linken als historische Subjekte zu dienen – den linken Theoriekosmos ohne Zweifel dominiert, so gab es doch immer eine kritische Linke, die ähnlich wie dies Adorno einfordert, das Leiden beredt zu machen suchte. Man denke nur an historische Werke wie E. P. Thompsons Klassiker „The Making of the English Working Class“ oder aber die beeindruckende soziologische Langzeitstudie von Stephane Beaud und Michel Pialoux über die Peugeot-Arbeiter in Sochaux („Die verlorene Zukunft der Arbeiter“). Und: Diese Traditionslinie einer kritischen, leidorientierten Arbeitergeschichtsschreibung und Soziologie wächst nicht nur gegenwärtig an, wie Peter Birkes

„Grenzen aus Glas“ oder Mark Richters et al. „Spuren der Arbeit“ zeigen. Die Neuaufgabe von Wolfgang Hiens Buch „Die Arbeit des Körpers“ im Mandelbaum Verlag unterstreicht, dass das Interesse an dieser Form einer linkskritischen Arbeiterwissenschaft zurzeit eine kleine Blüte erlebt.

Zwar sind linke Blüten dieser Art mit Vorsicht zu genießen, insoweit der linke Arbeiterobjektivismus und Dogmatismus stark bleiben, allein Hiens Buch ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert und deshalb für jeden kritischen Linken ein Lese-Muss. Das liegt zum einen daran, dass es dem Leser viele Zugänge ermöglicht. So kann er es etwa als kenntnisreiche und stets souveräne Entfaltung von Hiens eigener Kernthese lesen, der zufolge Wohlstand und Reichtum auch im 20. Jahrhundert auf massenhaftem körperlich-leiblichen Verschleiß der arbeitenden Klassen aufgebaut war (S. 9). Man kann Hiens Buch ohne Zweifel aber auch schlicht als eine hervorragend geschriebene Geschichte des (scheiternden) Arbeiterschutzes in Deutschland und Österreich im 20. Jahrhundert lesen. Und wer sich immer noch in der linksphilosophischen Tradition eines kritischen Materialismus verortet, dem wird nach und nach deutlich werden, dass „Die Arbeit des Körpers“ letztlich eine materialistische, weil an Leib und Körper der Arbeiter ansetzende, Kapitalismus-Kritik ist, die die großen Programme und Parolen zu Recht ignoriert.

Neben diesen verschiedenen Zugängen gibt es jedoch einen zweiten Grund, warum Hiens Buch das Zeug hat, zu einem echten

linken Klassiker zu werden. Es ist die emotionale Wucht seiner Darstellung. Oder genauer formuliert: Hiens Darstellung hat etwas von einer kontrollierten Sprengung, denn einerseits räumt er jenen umfassenden begrifflichen Abstraktionsberg aus dem Weg, unter dem die Arbeiter in einem Großteil der ihnen zugewandten, linken Literatur als leidende, menschliche Wesen begraben sind. Und gleichzeitig bleibt die Sprengung stets kontrolliert, weil Hien dabei andererseits eben nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet, sondern einen neuen, reflexiv-begrifflichen Ausgangspunkt für eine Linke markiert, die ausgehend vom Arbeitsleid der Arbeiter einen erneuten Anlauf zur Überwindung der Verhältnisse nimmt.

Auch wenn Hien nun diese Stoßrichtung seiner kontrollierten Sprengung gegen die traditionelle Linke nirgendwo explizit macht, so wird sie doch greifbar, wenn er im Vorwort zur Neuauflage seines Buches mit Blick auf akademische Diskurse schreibt, dass diese beim Thema Kapitalismus und Arbeiterklasse „in den hohen Sphären der abstrakten Arbeit“ verbleiben, „während in den Niederungen der konkreten Arbeit und des konkreten Lebens Nerven, Muskeln und Knochen zerschunden, Seele, Geist und Selbstwert zerrieben werden“ (S. 23). Und er ergänzt diese harsche, aber zutreffende Kritik mit einer Passage, die es wert ist, ausführlich zitiert zu werden: „Es gilt, das Leiden zur Sprache zu bringen. Die Ebene der abstrakten Arbeit, des abstrakten Wertes und des Geldes vernebelt die Sicht auf das leibliche Leben. Zudem verengt die

Fixierung auf die Lohnarbeit den Blick auf das Ganze der Leidgeschichte. Dazu gehört nicht nur die, dass ein Großteil der Arbeit Sorgearbeit außerhalb der Lohnarbeitsverhältnisse ist. Dazu gehört auch, dass viele Menschen sozio-psychisch-somatisch nicht – oder, weil sie vernutzt und verschliffen sind, nicht mehr – in der Lage sind, den Anforderungen eines Lohnarbeitsverhältnisses bzw. einer vermarktlacht strukturierten Arbeits- und Lebensorganisation gerecht zu werden. Wir sollten uns vergegenwärtigen, dass grosso modo die Hälfte der Bevölkerung chronisch krank, hochbetagt, behindert oder pflegebedürftig ist. Eine gesellschaftliche Perspektive, die sich nur an Leistung und Wertschöpfung orientiert, ist nicht nur lebensfremd, sie ist in allen Hinsichten menschenfeindlich, zerstörerisch, vernichtend. Wir sollten für eine Welt kämpfen, in der Sorgearbeit im Mittelpunkt steht.“ (S. 23)

Allerdings wollen wir zwei kleine Schwächen in der Neuauflage von Hiens Buch nicht unerwähnt lassen. Da ist die Corona-Pandemie, die zwischen der ersten und zweiten Auflage des Buches ihren Anfang nahm und die das Arbeitsleid in vielen Bereichen der Arbeitswelt immens intensiviert hat. Gerade wenn man weiß, über welches umfangreiche Fachwissen Hien verfügt, so hätte man sich hier in der Neuauflage ein eigenes Kapitel zu diesem Thema gewünscht statt lediglich einiger Seiten im neuen Vorwort. Zudem stellt sich während der Lektüre von Hiens Buch beim Leser immer drängender die Frage, ob und wie

erste Schritte im Kampf gegen das Arbeitsleid ausgesehen haben oder aussehen könnten, wie also nach Hiens Kritik eine erste andere Praxis daherkommen müsste. Selbst wenn hier in Deutschland und Österreich echte Erfolgsbeispiele rar gesät wären, so würde ein Kapitel – in welchem Hien z. B. international auf die italienische Arbeitermedizin der 1970er-Jahre zurückblickt oder in dem er die Erfindung und den Einsatz von Körpermapping innerhalb der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung nachzeichnet – den kämpferischen Charakter des Buches gerade für jüngere Leser konkretisieren. Allerdings sollten diese Kritikpunkte keinen Leser vom Kauf des Buches abhalten, im Gegenteil! Gerade, wenn es der Linken noch ernst sein sollte damit, Geschichte von der Wurzel her, also radikal zu machen, dann wird sie um das neue Fundament, das Hien ihr in seinem Buch eröffnet, nicht herumkommen.

Slave Cubela

- 1 Karl-Heinz Roth/Marcel van der Linden: Ergebnisse und Perspektiven, in: Dies. (Hrsg.): Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen im 21. Jahrhundert, Berlin/Hamburg 2011, S. 558.
- 2 Jane McAlevey, Keine halben Sachen, Machtaufbau durch Organizing, Hamburg 2019, S. 34.

Uwe Hirschfeld/Jonas Kühne/Fruzsina Müller/Francesca Weil (Hrsg.): Erinnerungsarbeit zum Nationalsozialismus in Sachsen, in:

Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für Internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, 18. Jahrgang, H. 2, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, S. 141–323.

„Sachsen ist durchaus geschichtsbewusst – wenn es um August den Starken, das SED-Regime und 1989 geht“ (S. 143), zitieren die Herausgeber:innen des vorliegenden Bandes den Journalisten Michael Kraske in ihrer Einführung. Dass mit Geschichte Politik gemacht werden kann und wird, zeigen sie eindrücklich auf den ersten Seiten. Die Geschichte der Forschung und Erinnerungsarbeit zum Nationalsozialismus in Sachsen sei dabei keine Erfolgsgeschichte. Sie sei deutlich unterrepräsentiert, gar vernachlässigt worden. Dabei existierte bereits ab den 1930er-Jahren ein ausgedehntes Lagersystem – bestehend aus frühen Konzentrationslagern, Zwangsarbeiterlagern, aber auch Kriegsgefangenenlagern sowie ab 1944 Außenlagern der Konzentrationslager Flossenbürg, Buchenwald und Niederschlesien. „Die Zahl der frühen Konzentrationslager in sächsischen Städten und Gemeinden beläuft sich auf mindestens 80, Ende April 1945 existierten 62 KZ-Außenlager, und über 20 Todesmärsche zogen über sächsisches Gebiet.“ (Ebenda) Mit diesen drei Zahlen steigt *Uwe Hirschfeld* in seinen Artikel „Einordnung – Zum Verständnis bürgerschaftlicher Erinnerungsarbeit“ ein, um die Notwendigkeit, aber auch das Potenzial von Erinnerungsarbeit in Sachsen darzustellen. Dass sich dies nicht in der Anzahl geförderter Projekte und (staatlicher) Gedenkstätten widerspiegelt, skizzieren und

unterstreichen *Daniela Schmohl* und *Jonas Kühne* in ihrem Beitrag „Konservative Positionen: Ein Debattenbeitrag zur Ordnung des sächsischen Gedächtnisdiskurses nach 1989“ faktenreich und pointiert. 2017 wurden 85 Prozent der Fördermittel des Landes für Initiativen und Projekte in den Themenbereichen „Sowjetische Besatzungszone“ (SBZ) und „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR) bewilligt. Statt die Paradoxien der Geschichte und ihre Vielfältigkeit, aber auch Durchlässigkeiten und Überschneidungen deutscher Geschichte darzustellen, setzte Sachsen den Fokus stets auf die sogenannte doppelte Diktaturerfahrung mit Schwerpunkt auf die SBZ und DDR – stets im Rückgriff auf die Totalitarismustheorie. Diese bietet durch ihre binäre Logik der autoritären Systeme ein nutzbares Instrumentarium einer „positiv gewendeten deutschen Nationalerzählung“ (S. 175). Während also das ehemalige Stasi-Gefängnis und heutige Gedenkstätte Bautzen bereits seit Jahren in der staatlichen Förderung einen Platz gefunden hat und Teil der „Stiftung der Sächsischen Gedenkstätten an die Opfer von politischer Gewaltherrschaft“ ist, hätten es Orte, die an die Verbrechen der Nationalsozialist:innen erinnern, bis heute erheblich schwerer. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die Herausgeberin des Heftes und ihre Ausrichtung in den letzten Jahren: Das HAIT – das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Universität Dresden. Das Institut legt selbst seit Jahren den Schwerpunkt auf die

sogenannte Totalitarismustheorie und ist damit längst eine etablierte Einrichtung für die Gleichsetzung der Systeme von Nationalsozialismus und DDR. Mit dem kritischen Blick des ersten Beitrages und der Problematisierung sächsischer Geschichtspolitik der letzten 30 Jahre, aber auch des HAIT, bietet dieser Artikel einen fundierten Einstieg in die weitere Lektüre.

Dabei adressiert das vorliegende Heft eine breite Reihe an geschichtswissenschaftlichen, drängenden Fragen, darunter: Wie umgehen mit Erinnern in einer Einwanderungsgesellschaft? – wie unter anderem in dem Beitrag „Kulturelle Erinnerungsarbeit als Auftrag für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft nach 1989“ von *Cordula Borbe* und *Kathleen Hahnemann* deutlich wird. Doch es stellt auch die unbequemen Fragen nach dem Verhältnis von staatlichem Gedenken und zivilgesellschaftlichem Erinnern, die seit Jahren offenkundig sind und Räume für Debatten benötigen. Aber das Heft widmet sich auch Fragen der politisch-historischen Bildungsarbeit mit verschiedenen Zielgruppen. Dabei geht der Beitrag „Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen – Potenziale und Herausforderungen“ von *Tobias Kley* auf die Herausforderungen aktueller Erinnerungsarbeit mit jungen Erwachsenen ein. Hier sei es nötig, neue Konzepte zu entwickeln sowie Anknüpfungspunkte aus dem jeweiligen Alltag zu finden und diese in die Bildungsarbeit einzubauen. Nur so sei es möglich, komplexe Inhalte zu vermitteln, aber auch emotional anzuknüpfen und

Interesse zu wecken. Für viele junge Generationen, auch mit einer eigenen Einwanderungs- oder Fluchtgeschichte, seien die Verbrechen der Nationalsozialist:innen zeitlich weit weg und unnahbar, darum auch wenig (be)greifbar.

In verschiedenen Artikeln werden die angesprochenen Herausforderungen unterstrichen, aber auch konkretisiert, was die Stärke des Heftes ausmacht. Diskutiert werden unter anderem technische Lösungen für neue Zugänge im Sinne einer Barrierearmut, beispielsweise Apps. Aber auch Fragen der Sprachenvielfalt und aufsuchender Bildungsarbeit werden angesprochen – stets ohne das Spannungsverhältnis staatlicher historischer Arbeit und „zivilgesellschaftlicher-demokratischer“ Erinnerungsarbeit aus dem Blick zu verlieren.

In gleich zwei Beiträgen diskutiert Hirschfeld dieses Spannungsverhältnis – und warnt vor „institutioneller Kolonialisierung“. Dabei geht der Autor darauf ein, inwiefern Initiativen und Projekten Raum zur freien Entfaltung ermöglicht wird, und plädiert für mehr Platz von Eigenständigkeit. Diverse erinnerungspolitische Trends sieht er dabei als Chance, da sie Möglichkeitsfenster eröffnen, neue Zielgruppen zu einer bestimmten Zeit anzusprechen und zu aktivieren.

Neben dem inhaltlichen, theoretischen und den zahlreich aufgeworfenen didaktischen Fragen widmet sich das Heft, unter anderem in Form von Interviews, der ganz konkreten Arbeit unterschiedlicher

Erinnerungs- und Gedenkinitiativen. In diesen Beiträgen gehen die Autor:innen auch auf die mangelnden langfristigen Finanzierungsmöglichkeiten für Initiativen ein. Diese damit entstehende permanente Unterfinanzierung und Überbürokratisierung der Antragsverfahren würden Projekte daran hindern, wirksame Arbeit leisten zu können.

Im Beitrag „Gedenken an Großschweidnitz“ von *Maria Fiebrandt* geht es darüber hinaus um den Zugang von Quellen und Akten. Insbesondere bei den Opfern der sogenannten Krankenmorde fehle es weiterhin an Kooperationen und Möglichkeiten würdigen Erinnerns – auch weil Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen bis heute ihre Geschichte nicht aufarbeiten müssen.

Obwohl das Heft einen Fokus auf die Erinnerungsarbeit in Sachsen legt, lohnt sich die Lektüre über die Landesgrenze hinaus. Durch die Bandbreite von Praxisbeispielen über theoretische Diskurse zu historischen Einordnungen bietet das Heft einen grundlegenden Überblick aktueller erinnerungspolitischer Debatten und ermöglicht Anknüpfungspunkte für diejenigen, die in der praktischen Arbeit, in Initiativen, aber auch an Universitäten oder in (staatlichen) Gedenkstätten mit dem Thema Erinnerungsarbeit in Berührung kommen und kommen wollen. Das Heft von Hirschfeld, Kühne, Müller und Weil fordert zum Gespräch heraus und zeigt zusätzlich Leerstellen der Aufarbeitung auf.

Anika Taschke

Joost Jongerden/Ahmet Hamdi Akkaya: Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung. Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart, Herausgegeben von Ali Cicek, Westend Verlag, Frankfurt a. M. 2022, 287 S.

Der vorliegende Band versammelt die wichtigsten Aufsätze der beiden Autoren Ahmet Akkaya und Joost Jongerden zur kurdischen Freiheitsbewegung erstmalig auf Deutsch. Er bietet keine systematische Einführung in die Geschichte der Bewegung, sondern wirft Schlaglichter auf wichtige Ereignisse der Entstehungsgeschichte in den 1960er- und 1970er-Jahren sowie auf jüngere Entwicklungen seit der Festnahme des PKK-Gründers Abdullah Öcalan 1999. Anders als viele andere Arbeiten wird dabei die kurdische Freiheitsbewegung als politisches Phänomen und nicht aus dem Blickwinkel der Sicherheit oder des Terrorismus analysiert. Untersucht wird, wie die Bewegung selbst ihre wechselhafte Geschichte versteht und wie sie ihre politischen Ziele und Strategien formuliert. Neben einer Analyse wichtiger historischer Entwicklungen beschäftigt sich der Band deshalb auch mit den politischen Ideen der Bewegung, insbesondere was Staatskritik und radikale Demokratie angeht.

Das Buch ist in vier Abschnitte eingeteilt: Nach einem Vorwort von Sandro Mezzadra folgt eine Einführung in die kurdische Nationalbewegung im 20. und 21. Jahrhundert, anschließend werden die Entstehung der PKK in der Türkei und der Paradigmenwechsel weg vom Ziel eines

eigenen Nationalstaates hin zu einem Projekt radikaler Demokratie analysiert. Zum Schluss werden die jüngeren Ereignisse wie der autoritäre Umbau der Türkei, der syrische Bürgerkrieg oder das Projekt der Selbstverwaltung in Rojava und ihr Zusammenhang mit der Politik der Bewegung diskutiert.

Die PKK entstand im Kontext der türkischen 68er-Bewegung. Akkaya und Jongerden betonen die engen Verbindungen zur revolutionären Linken in der Türkei – das Verhältnis zu anderen Gruppen der kurdischen Nationalbewegung war dagegen distanziert bis feindlich. Die Gruppe um Anführer Öcalan entstand im studentischen Lebensraum in Ankara und diskutierte mit Gruppen wie Dev-Genç oder THKP-C. Interessant sind aber vor allem die Unterschiede der PKK zu diesen revolutionären Gruppen. So zog sie es nach dem Militärputsch 1971 vor, den Fokus nicht auf öffentliche Arbeit mit Zeitung und legaler Vorfelddorganisation zu legen, sondern auf intensive Kaderbildung in privaten Räumen. Die Konfrontation mit dem türkischen Staat sollte erst aus einer Position der Stärke heraus geschehen. Dies reflektiert die Erfahrungen der revolutionären türkischen Linken, die durch Repression früh aufgegeben wurde. Darüber hinaus verzichtete die Gruppe um Öcalan auch darauf, sich an einem realsozialistischen Vorbild wie der Sowjetunion, China oder Albanien zu orientieren. Sie legte bereits zu Beginn den Fokus auf eine eigenständige Idee des Sozialismus. Die Rückbindung an die türkische

68er-Bewegung durch Akkaya und Jongerden ist sehr aufschlussreich, die PKK aber als eine „politische Partei der Türkei“ (S. 121) zu bezeichnen, scheint etwas übertrieben, da sie den transnationalen Charakter der kurdischen Freiheitsbewegung nicht ernst genug nimmt.

Dieser transnationale Charakter verstärkte sich in der Zeit nach der Verhaftung Öcalans 1999. Bereits Anfang der 1990er-Jahre gab es im Guerillakrieg Rückschläge, der Zerfall des real existierenden Sozialismus stellte auch in Kurdistan die Frage nach dem Sieg des Kapitalismus. Die Verhaftung Öcalans löste eine große Krise innerhalb der Bewegung aus, führte aber letztendlich zum sogenannten Paradigmenwechsel. Öcalan nutzte seine Gerichtsverfahren, um in Verteidigungsschriften ein neues „strategisches Dispositiv“ (S. 163) auszuarbeiten. Er rückte vom Ziel eines kurdischen Staates ab und schlug den „Demokratischen Konföderalismus“ als „Projekt radikaler Demokratie“ (S. 178) vor. Akkaya und Jongerden interpretieren dies als Wechsel von einer territorialen hin zu einer institutionellen Revolutionsstrategie: Kurdistan sollte von unten als selbstverwaltete Gesellschaft gegen die existierenden Staaten aufgebaut werden. Die Institutionen dieser Selbstverwaltungen könnten sich dann in einer Konföderation transnational vernetzen und gleichzeitig dazu beitragen, die bestehenden Nationalstaaten, in denen Kurdistan liegt, zu demokratisieren.

Sehr interessant ist, dass Akkaya und Jongerden diese politischen Ideen Öcalans

in die Ideengeschichte der radikalen Demokratie einordnen. Die Autoren sehen den „Demokratischen Konföderalismus“ als radikaldemokratische Identitätspolitik im Sinne Michael Hardts und Antonio Negris, die den Repräsentations- und Souveränitätskonzepten liberaler Demokratien kritisch gegenübersteht. Interessant ist hier auch das Vorwort von Sandro Mezzadra, der der kurdischen Freiheitsbewegung zugesteht, eine „Politik der Befreiung jenseits des Staates“ (S. 12) entwickelt zu haben. Das Insistieren der PKK auf einer Differenz innerhalb des revolutionären Subjekts – es gibt nicht nur das Proletariat, sondern auch Kurd*innen – führt zu einer Vorstellung dieses Subjekts, das an Hardt und Negris Begriff der „Multitude“ erinnert.

Der Paradigmenwechsel hatte neben der beschriebenen ideologischen Neuausrichtung auch eine organisatorische Dezentralisierung zur Folge. Der erste Moment innerer Dezentralisierung war die Selbstorganisation von Frauen innerhalb der Bewegung, die in den 1990er-Jahren begann. Die Analyse dieser feministischen Transformation kommt leider etwas kurz. Das ist schade, da argumentiert werden könnte, dass die Frauen innerhalb der Bewegung ähnlich wie die PKK im Kontext ihrer Entstehung das ‚Recht auf Differenz‘ innerhalb des revolutionären Subjekts in Anspruch genommen haben – es gibt nicht nur Kurden, sondern auch Kurdinnen.

Darüber hinaus transnationalisierte sich die Bewegung und gründete unter dem Dach der KCK („Union der Gemeinschaften

Kurdistans“) Parteien in allen Teilen Kurdistans (Türkei, Syrien, Irak und Iran). Dabei spielt laut Akkaya und Jongerden die PKK weiterhin eine wichtige Rolle als „Organisation, die ideologische Orientierung gibt“ (S. 207). Dieses Spannungsverhältnis zwischen Avantgardepartei und basisdemokratischen Organisationsprozessen fassen die beiden Autoren überzeugend als „jakobinisches Paradoxon“ (S. 160).

Der von Öcalan vorgeschlagene „Demokratische Konföderalismus“ nahm erstmals in Nordkurdistan und der Türkei konkrete Gestalt an. Von Ende der 2000er- bis Mitte der 2010er-Jahre gab es dort ein Zusammenspiel zwischen legalen Parteien, die sich erfolgreich an kommunalen und türkeiweiten Wahlen beteiligten, und der Selbstorganisation von vielfältigen Basisinitiativen. Dieser Prozess wurde von einem Dachverband, dem DTK („Kongress für eine demokratische Gesellschaft“) koordiniert. Parallel gab es zwei Versuche von Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK. Angesichts des parallel stattfindenden autoritären Umbaus dieses Staates durch die AKP gehen Akkaya und Jongerden aber nicht davon aus, dass diese Verhandlungen von staatlicher Seite aus ernsthaft waren. Sie interpretieren die Gespräche als Versuch der AKP, kurdische Wählerstimmen zu gewinnen. Gestützt wird diese These durch die Ereignisse ab 2015: Die prokurdische linke HDP kam bei den türkeiweiten Wahlen über die 10-Prozent-Hürde, sodass die AKP ihre Mehrheit im Parlament verlor. Darüber hinaus

veränderte sich auch die geopolitische Lage in der Region. Im Kontext des syrischen Bürgerkriegs gelang es der PYD, dem syrischen Ableger der Bewegung, im Norden Syriens eine Selbstverwaltung zu etablieren. Die kurdische Freiheitsbewegung erstarkte und wurde zur „Speerspitze [...] für die Umsetzung der Demokratie im Mittleren Osten“ (S. 211). Als Reaktion darauf remilitarisierte der türkische Staat den Konflikt wieder, was sowohl Repressionen gegen die legalen kurdischen politischen Strukturen als auch militärische Angriffe auf die PKK und Rojava bedeutete. Diesen Krieg des türkischen Staates gegen die Bewegung bezeichnen Akkaya und Jongerden treffend nicht als „Krieg gegen den Terror“, sondern als „Krieg gegen die Politik“ (S. 239). Die Entwicklungen in Rojava, die vor einigen Jahren zur Etablierung der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien geführt haben, kommen leider etwas zu kurz – wie oben bereits erwähnt fokussiert der Band stark auf die Türkei.

Insgesamt ist der Band sehr lesenswert, die Zusammenstellung der Aufsätze leistet einen guten Überblick über die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung von der türkischen 68er-Bewegung hin zu einem transnationalen Projekt radikaler Demokratie. Die Übersetzung aus dem Englischen ist allerdings nicht durchgängig auf angemessenem Niveau, kleine Fehler und Ungenauigkeiten häufen sich. Ein sorgfältiges Endlektorat hätte dem Band gutgetan. Ebenfalls sinnvoll wäre ein Verzeichnis der englischen Originalveröffentlichungen

gewesen, da die Texte aus einer Zeitspanne von mehreren Jahren stammen. Erfreulich ist, dass der Band inzwischen online auf der Seite des Verlages frei verfügbar ist.

Lukas Hoffmann

Felix Klopotek: Heinz Langerhans: Die totale Erfahrung. Werkbiographie und Chronik (Dissidenten der Arbeiterbewegung 6), Unrast Verlag 2022, 372 S.

In den vergangenen Jahren lässt sich eine erfreuliche Entwicklung feststellen. Zunehmend stoßen politische Positionen, die Zeit ihres aktiven Wirkens eher am Rande der „offiziellen“ Arbeiter*innenbewegung standen oder dorthin gedrängt wurden, vom Rätekommunismus über den Westlichen Marxismus bis zum Operaismus, wieder auf vermehrtes Interesse. Einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Wiederentdeckung dieser Strömungen leistet die Reihe „Dissidenten der Arbeiterbewegung“ des Unrast Verlages. In ebendieser Reihe ist nun als Band 6 ein Buch über einen Mann erschienen, der selbst im Vergleich zu den bisher veröffentlichten Texten von Personen und Gruppen der Serie den meisten Interessierten unbekannt sein dürfte: Heinz Langerhans. Zeit seines Lebens war Langerhans sehr aktiv und in verschiedenen politischen Milieus angesehen und vernetzt. Dass er trotzdem in Vergessenheit geraten konnte, liegt in erster Linie wohl daran, dass die meisten seiner Schriften nicht veröffentlicht wurden. Die große Mehrzahl seiner Texte verschwanden in seiner Schublade oder zirkulierten

höchstens in einem kleinen Kreis von Freund*innen und Genoss*innen.

Doch wer war dieser Heinz Langerhans, und warum lohnt es sich auch heute noch, sich mit ihm und seinen Texten zu beschäftigen?

Heinz Langerhans wurde 1904 in Köpenick geboren. Sein Vater, Georg Langerhans, war dort Bürgermeister und ist unfreiwillig in die Literaturgeschichte eingegangen, da zu seiner Amtszeit der berüchtigte „Hauptmann von Köpenick“ sein Unwesen trieb. Carl Zuckmayer hat die Ereignisse zwischen dem berühmten Hochstapler und dem amtierenden Bürgermeister in seinem bekannten Theaterstück verarbeitet. Die revolutionären Wirren der Nachkriegsjahre erlebte Heinz Langerhans als Jugendlicher in Berlin, wo er Mitglied der Kommunistischen Jugend wurde. 1924 wurde er der persönliche Assistent der KPD-Vorsitzenden Ruth Fischer. In dieser Funktion lernte er Karl Korsch kennen, der zu dieser Zeit Chefredakteur der KP-Theoriezeitschrift „Die Internationale“ war. Nach Intervention aus der Sowjetunion wurden die gesamte Parteiführung, inklusive Langerhans und Korsch, 1926 als vermeintlich „Linksabweichler“ aus der KPD ausgeschlossen. Langerhans gehörte seitdem dem dissidenten Korsch-Kreis an, zu dem unter anderem auch Bertolt Brecht gehörte, und wurde Korsch's bester Schüler und engster Genosse. Die Korsch-Gruppe unterhielt enge Beziehungen zu linkskommunistischen Dissident*innen in der Sowjetunion und Italien. Sie gründete aber keine eigene

Partei, sondern agierte innerhalb der bestehenden Arbeiter*innenorganisationen, so dass Langerhans 1930 in die SPD eintrat. Er promovierte 1931 am Frankfurter Institut für Sozialforschung bei Max Horkheimer über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Gewerkschaftsbewegung und arbeitete drei Jahre lang als Assistent am Institut.

Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten organisierte Langerhans eine kleine Widerstandsgruppe, die versuchte, die verbliebenen Arbeiterinnenaktivist*innen jenseits ihrer alten Organisationen zu sammeln. Im Dezember 1933 wurde Langerhans verhaftet und wegen Hochverrats zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem er diese abgesessen hatte, wurde er in das KZ Sachsenhausen gebracht; er erst im Rahmen einer Amnestie zum 50. Geburtstag Hitlers, 1939, wurde er begnadigt und entlassen. Über Belgien und Frankreich gelangte er in die USA, wo er wieder auf Korsch, Brecht, Horkheimer und Fischer stieß. 1956 kehrte er in die Bundesrepublik zurück und lehrte, unterbrochen von einer vierjährigen Gastprofessur in Dhaka im damaligen Ostpakistan, an den Universitäten in Saarbrücken und Gießen. Am 4. Mai 1976 starb Heinz Langerhans in Frankfurt am Main. Damit endete ein beeindruckendes Leben, das von den Katastrophen des 20. Jahrhunderts geprägt wurde.

Es verwundert daher auch nicht, dass diese Katastrophen folgerichtig auch seine Texte prägten. Schon in den Diskussionen des Korsch-Kreises, die Langerhans

maßgeblich mitprägte, stand die Analyse der Konterrevolution, die auf den revolutionären Zyklus von 1917 bis 1921 folgte, im Mittelpunkt. Langerhans nutzte dabei schon früh den Begriff des Totalitarismus. Steht dieser Ausdruck heute fast ausschließlich für eine linke und rechte Positionen gleichsetzende Apologie der bürgerlichen Gesellschaft, so nutzte ihn Langerhans strikt parteilich aus der Sicht der Proletarisierten. Er stellte sich damit in eine Reihe mit rätekommunistischen Theoretiker*innen, für die Faschismus, Nationalsozialismus und eben auch Stalinismus die adäquate, terroristische Herrschaftsform des Kapitals in der Phase der Krise und der Monopole waren.¹ Für Langerhans bedeutete Totalitarismus „die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, die so umfassend geworden ist, dass sie auch die Organisationen der Arbeiterklasse, ihre überlieferte Sprache, Kultur, politische Strategie umfasst“ (S. 26 f.). Mit dieser Sichtweise vertrat er nicht nur eine gemeinsame Position mit den Rätekommunist*innen, sondern seine Analyse deckte sich auch mit den Überlegungen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, auch wenn diese nicht in erster Linie vom Totalitarismus, sondern vorrangig vom Autoritarismus sprachen.² Heinz Langerhans lässt sich, sowohl theoretisch als auch personell, als ein Bindeglied zwischen dem Rätekommunismus und der Kritischen Theorie einordnen. So arbeitete er etwa im amerikanischen Exil für das Institut für Sozialforschung an einem Forschungsprojekt zu Antisemitismus,

Vorurteil und Autorität und veröffentlichte, in den seltenen Fällen, in denen er Texte von sich publizierte, oftmals in Zeitschriften, die Paul Mattick herausgab. Allerdings isolierte er sich von diesen Kontakten wieder, als er in den USA erneut mit Ruth Fischer zusammenarbeitete, die inzwischen einen ideologischen Feldzug gegen den Stalinismus führte, dem sich Langerhans mit vollem Elan anschloss. In diesem Zusammenhang entwickelte er auch eine Kritik des Antifaschismus, der sich für ihn „vollends zur Weltanschauung und Legitimationsgrundlage des Stalinismus“ (S. 264) transformierte habe. Damit traf er sich inhaltlich allerdings wieder mit Strömungen innerhalb des Linkskommunismus, für die der Antifaschismus nur eine bürgerliche Ideologie darstellte, ebenso wie der Stalinismus.³ Doch trotz dieser Konzentration auf die totalitären Erscheinungsformen des Politischen band er dessen Analyse immer zurück an die materiellen Grundlagen der ökonomischen Entwicklung. Und so zog er aus der Herrschaft des Imperialismus und der Monopole den Schluss: „Aus dem automatischen Subjekt Kapital mit dem Garanten Staat als besonderem Organ ist das einheitliche Staatssubjekt Kapital geworden.“ (S. 72) Und dieses setzt seine Herrschaft notwendig terroristisch durch.

Mögen diese Charakterisierungen Langerhans im Goldenen Zeitalter der auf den Schrecken des Zweiten Weltkriegs folgenden Nachkriegsjahre auch scheinbar widerlegt worden sein, so gewinnen sie heute, angesichts nie enden wollender Krisen und

stetig anwachsender autoritärer Scheinlösungen, erneut an Aktualität. Und obwohl das Buch sicherlich alles andere als leichte Kost ist, es ist eher zum Durcharbeiten als zum Durchlesen geeignet, lohnen sich Langerhans' Überlegungen heute wieder für eine aktualisierte materialistische Analyse der Gegenwart.

Jens Benicke

- 1 Am markantesten vertrat diese Position Otto Rühle in seiner 1939 erschienenen Schrift „Brauner und Roter Faschismus“. Otto Rühle: Brauner und Roter Faschismus, Moers, o. J.
- 2 Vgl. dazu vor allem: Max Horkheimer: Autoritärer Staat, in: Max Horkheimer. Gesammelte Schriften. Band 5, „Dialektik der Aufklärung“ und Schriften 1940–1950, hrsg. von Gunzelin Schmid Noerr, Frankfurt a. M. 1987, S. 293–319.
- 3 Gilles Dauvé: 1917–1937: Wenn die Aufstände sterben, in: Beilage des Wildcat-Zirkulars, Nr. 50/51 – Mai/Juni 1999.

Hartfrid Krause: Arthur Crispian. Vom Spartakusanhänger zum sozialdemokratischen Reformsozialisten, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2022, 270 S.

Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer langen Geschichte eine ganze Reihe von Vorsitzenden hervorgebracht, deren Namen auch heute noch ganz unmittelbar Assoziationen oder Erinnerungen hervorrufen, die mit Weichenstellungen der Zeitgeschichte verknüpft sind. Ferdinand Lassalle, August Bebel, Friedrich Ebert, Otto Wels, Kurt Schumacher, Willy Brandt – anhand ihrer jeweiligen Vita und ihrem politischen

Wirken lässt sich bis heute Geschichte anschaulich erzählen, wovon zugleich die zahllosen Monografien und Biografien Zeugnis ablegen, die sich mit diesen Persönlichkeiten beschäftigen. Daneben gibt es allerdings auch eine Reihe von Vorsitzenden, deren Namen nur denen noch bekannt sind, die sich intensiver mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigt haben.

Zu diesen Diskrepanzen gehört es, dass es in den zurückliegenden Jahrzehnten eine starke Konzentration auf die Parteiformationen und ihre Repräsentanten gegeben hat (und gibt), die gewissermaßen den historischen Mainstream repräsentierten: die sich also mit ihren Positionen durchgesetzt hatten. Für die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts bedeutet dies eine starke Konzentration auf den Werdegang der sog. Mehrheitssozialdemokratie, während die sich von ihr trennende bzw. aus ihr herausgedrängte Unabhängige Sozialdemokratie, die sich 1917 parteiförmig als linkssozialistische USPD konstituierte, in der historischen Betrachtung eher unterbelichtet blieb.

Ein Autor, der bereits in den 70er-Jahren mit der ersten großen Studie über die USPD auftrat, ist Hartfrid Krause. Sein wieder aufgelegtes Standardwerk ist zugleich der Kern eines neu in Gang gesetzten Schaffens, aus dem nun die erste Biografie eines der wichtigsten Akteure an der Spitze dieser USPD entstanden ist: Arthur Crispian. Der Verfasser präsentiert seinen Protagonisten selbst als „Vorsitzenden der zweiten Reihe“ und verweist darauf, dass

er auch da, wo er genannt wurde, häufig in dieser Rolle Erwähnung fand: in der USPD 1918/19 hinter Hugo Haase, 1919/20 hinter Ernst Däumig, 1920/22 hinter Georg Ledebour und ab 1922 in der wiedervereinigten SPD hinter Otto Wels bzw. Hermann Müller. Diese Kategorisierung ist für den Verfasser allerdings keineswegs Anlass, in ihm deshalb eine historische Figur von mangelndem Gewicht zu erblicken. Und der auf den ersten 140 Seiten ausgebreitete Lebensweg vermag schnell zu zeigen, dass man Crispian damit auch eindeutig unrecht täte.

Schauen wir also genauer hin, um uns seiner Rolle neu zu vergewissern. Crispian wird 1875 als viertes Kind einer vielköpfigen Arbeiterfamilie in Königsberg geboren, wächst in ärmlichen Verhältnissen auf. Bereits während der Sozialistengesetze war er über seinen Vater mit der Sozialdemokratie in Berührung gekommen. Er absolviert in Königsberg die Kunst- und Gewerkschule mit dem Abschluss eines Theatermalers. Einer beruflichen Zukunft in einem künstlerischen Beruf stand allerdings sein frühes politisches und gewerkschaftliches Engagement im Weg. Schon 1894 tritt er der sozialdemokratischen Partei und der Malergewerkschaft bei, was schließlich zur Kündigung durch seinen Meister führte. Nach einer Tätigkeit als Hilfsarbeiter bei der Königsberger Ortskrankenkasse erhält er schließlich 1904 eine feste Anstellung als Leiter einer Krankenabteilung. Bald jedoch wechselt er auf die erneut ausgesprochen unsichere Stelle eines Redakteurs der „Königsberger Volkszeitung“.

Zum regelmäßigen Parteitage delegierten wird er ab 1903. Im gleichen Jahr wird er erstmals im Wahlkreis Elbing-Marienburg – zunächst noch ohne Erfolg – als Reichstagskandidat aufgestellt. 1907 übernimmt er den Posten des Parteisekretärs für Westpreußen und wird zugleich Redakteur bei der „Volkszeitung“ in Danzig. 1912 verschlägt es ihn aufgrund der Berufung auf den Chefredakteursposten bei der „Schwäbischen Tagwacht“ nach Stuttgart. Dieser berufliche Werdegang klingt gefahrloser, als er in der Realität war. An den drei genannten Standorten wurde er immerhin über zwanzigmal wegen von ihm verfasster Artikel zu Gefängnisstrafen verurteilt. Sein ihm meist vertretener Anwalt ist der ebenfalls aus Ostpreußen stammende Hugo Haase, an dessen Seite er Jahre später als Ko-Vorsitzender der USPD treten sollte. In seine Zeit als junger Redakteur fällt auch der Besuch eines halbjährigenurses in der Berliner Parteischule, bei dem er Rosa Luxemburg als anregende Lehrerin kennen- und schätzen lernt. In den Stuttgarter Jahren radikalisiert sich die politischen Auffassungen Crispiens (u. a. unter dem Einfluss Clara Zetkins). So wundert es nicht, dass er schon im August 1914 zum engeren Kreis der entschiedenen Kriegsgegner gehört und an der Erstellung und Herausgabe der Spartakusbriefe mitwirkt.

Ab März 1915 gibt er als verantwortlicher Redakteur das neu geschaffene kriegskritische „Mitteilungsblatt für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart, Der Sozialdemokrat“ heraus

und löst Friedrich Westmeyer als Vorsitzenden der Partei in Stuttgart ab. Eine Solidaritätsaktion mit Karl Liebknecht bringt ihn erneut ins Gefängnis, und von dort erfolgt bis zum Oktober 1918 seine Einziehung zum Militärdienst an der Westfront. Während eines Heimaturlaubs desertiert er, sodass er im November an den revolutionären Umsturzaktivitäten teilnehmen kann. Man beruft ihn als Innenminister in die provisorische württembergische Regierung. Zunächst ist er noch skeptisch mit Blick auf die USPD-Gründung, wohl auch beeinflusst von Luxemburgs Kritik gegenüber Vertretern des Zentrums als „Sumpf“ zwischen den Flügeln links und rechts. Erst im Herbst 1917 schließt sich die württembergische Linke als letzte der großen Oppositionsgruppen der USPD an. Crispien entfremdet sich jedoch bald mehr und mehr von der radikaleren Haltung der Spartakusgruppe und nähert sich der Führungsgruppe der USPD um Haase und Ledebour an.

Ko-Vorsitzender der USPD wird Crispien auf dem Parteitag im März 1919, weil sich Hugo Haase weigert, den zunächst gewählten Ernst Däumig neben sich zu akzeptieren. Die Wahl fällt auf ihn, da er bei den Vertretern des Parteizentrums wie der Linken gleichermaßen als akzeptabel gilt. Als Haase bald darauf an den Folgen eines Attentats verstirbt, rückt Crispien in die Rolle des – zumindest eine Zeit lang – unbestrittenen, integrierend wirkenden Parteiführers auf. Gegen die Verfechter eines reinen Rätessystems setzt er Haases Orientierung auf eine Kombination von

parlamentarischer und Räte­demokratie fort. Diese Rolle findet ihr Ende, als im Laufe des Jahres 1920 der Druck von außen auf die USPD immer mehr zunimmt und die Frage des Anschlusses an die Kommunistische Internationale die Partei in zwei unversöhnliche Lager spaltet. Crispian verliert diese Auseinandersetzung – damit war für ihn und die verbleibende Rest-USPD der Weg zur Wiedervereinigung mit der MSPD 1922 vorgezeichnet.

Auf dem Vereinigungsparteitag von MSPD und USPD wird Crispian neben Otto Wels zu einem der beiden Vorsitzen­den gewählt. Tatsächlich tritt er aber jetzt erneut aus der ersten in die zweite Reihe zurück, überlässt Otto Wels die Rolle des steuernden Parteiführers. Er selbst konzentriert sich auf Aktivitäten im internationalen Zusammenhang, ohne dabei allerdings prägende Spuren zu hinterlassen. Gleiches gilt für sein Wirken als Abgeordneter des Reichstages. Innerparteilich gehört er auch nicht mehr zu der sich neu herausbilden­den linkssozialistischen Strömung der Partei. Die bitteren Erfahrungen mit „Moskau“ 1920 hatten ihn zu einem entschiedenen Gegner des kommunistischen Teils der Arbeiterbewegung werden lassen. 1933 gerät er allerdings erneut in Gegensatz zur Mehrheit der sozialdemokratischen Führung, kann sich aber mit seiner Forderung, der Machtübernahme der Nationalsozialisten mit einem Generalstreik zu begegnen, nicht durchsetzen. Wegen seiner Haltung in der Novemberrevolution galt er zugleich als extrem gefährdet, emigriert Ende Februar kurz

vor dem Reichstagsbrand in die Schweiz, wo er Ende 1946 überraschend ver­stirbt.

Krause zeichnet ein nicht unkritisches, aber durchweg sympathisches Bild von Arthur Crispian, den er zum einen als begnadeten Redner, zum anderen als überzeugten Sozialisten und konsequenten Internationalisten der Arbeiterklasse charakterisiert. Crispian's bleibende Verdienste dürfte man in zweierlei Hinsicht ausmachen können: Er ist erstens die Persönlichkeit, die nach dem überraschenden und schmerzlichen Tod des unumstrittenen Parteivorsitzen­den Hugo Haase in dessen Fußstapfen tritt. Ihm gelingt es dabei, das organisatorische Wachstum der neuen Partei voranzutreiben und sie auch bei Wahlen zu einer bedeutsamen Kraft zu entwickeln, die insbesondere in den Großstädten der MSPD den Rang abläuft. Zweitens festigt Crispian die von Haase und anderen begonnene programmatische Orientierung auf eine Kombination von parlamentarischer Demokratie und Räte­system, womit es ihm – bis zum Auseinanderbrechen im Herbst 1920 – zumindest phasenweise gelingt, die verschiedenen Flügel der Partei zusammenzuhalten.

Der biografische Band versammelt in seinem zweiten Teil wichtige Dokumente und fragmentarische Lebenserinnerungen Crispian's. Der Verfasser hat zudem nicht nur durch die wichtige und lesenswerte Biografie diese für eine bestimmte Phase der deutschen Arbeiterbewegung bedeutende Persönlichkeit aus dem Dunkel des Vergessens geholt. Mit der parallel erfolgten Herausgabe von weiteren Bänden mit

den Broschüren, Leitartikeln bzw. Reden Crispiens, der Resolutionen und Aufrufe der USPD sowie einer Zusammenstellung der Biografien ihrer wichtigsten parlamentarischen Akteure im kleinen GRIN-Verlag hat er darüber hinaus wertvolle Grundlagen dafür geschaffen, dass die weitere Beschäftigung mit Crispiens Wirken wie mit dem Werdegang der USPD auf einer deutlich verbesserten Grundlage erfolgen kann als bislang. Dafür sind wir ihm zu großem Dank verpflichtet.

Uli Schöler

James Mark u. a.: Socialism Goes Global. The Soviet Union and Eastern Europe in the Age of Decolonisation, Oxford University Press, Oxford/New York 2022, 367 S.

Die vorliegende Monografie wurde kollektiv von Alena Alamgir, Péter Apor, Paul Betts, Eric Burton, Bogdan C. Iacob, James Mark, Steffi Marung, und Radina Vučetić verfasst und von Mark und Betts koordiniert. Ihr Entstehungskontext ist das zwischen 2014 und 2018 an der Universität von Exeter angesiedelte und von Mark geleitete Forschungsprojekt „Socialism Goes Global: Cold War Connections Between the ‚Second‘ and ‚Third Worlds““. Die von Mark und Betts beigesteuerte Einleitung rahmt neun, zum Teil von mehreren AutorInnen verfasste Kapitel zu Kernaspekten der Sowjetunion und Osteuropas zu Zeiten der Dekolonisierung: (1) Ursprünge, (2) Entwicklung, (3) Krieg und Frieden, (4) Kultur, (5) Rechte, (6) Race, (7) Gesundheit,

(8) Arbeits- und Bildungsmobilität sowie die (9) Heimatfront. In dieser Rezension fokussiere ich auf die Beiträge in (1), (2), und (8). Das Leitmotiv des Werks ist dem transnationalen, globalen Charakter von Sozialismen in der Sowjetunion, Osteuropa und der sich dekolonisierenden Welt nachzuspüren. Zu den im Buch analysierten Personen gehören u. a. osteuropäische NationalistInnen, Mitglieder der Komintern, anti-koloniale AktivistInnen, nationalsozialistische BesetzerInnen, BeraterInnen der Vereinten Nationen, Studierende und PolitikerInnen aus Afrika und Asien wie auch ArbeitsmigrantInnen.

In Hinblick auf (1) Ursprünge begreifen die AutorInnen die Geschichte des kommunistischen Internationalismus als eine Episode in der längerfristigen Geschichte Osteuropas, das sich seit dem frühen 19. Jahrhundert seiner Marginalisierung in einem westlich dominierten Weltsystem zu entziehen versucht. Gezeigt wird, wie die Sowjetunion nach der Russischen Revolution 1917 und der Gründung der Komintern zwei Jahre später in Moskau zu einem wirkmächtigen Modell anti-imperialistischer Staatsbildung, das auf eine große Zahl anti-kolonialer AktivistInnen und DenkerInnen erhebliche Anziehungskraft ausübte, avancierte. Die von Stalin veranlasste Ermordung Tausender InternationalistInnen setzte dieser euphorischen Anfangsphase jedoch ein jähes Ende – und „beeinträchtigte die Fähigkeit der Sowjetunion, die Komplexität der antikolonialen und postkolonialen Globalisierungsprojekte zu verstehen“

(S. 49), für die nächsten zwei Dekaden schwer. Der Aufstieg des Faschismus und Italiens Angriff auf Abyssinien (Äthiopien) führten vor allem unter den mittelgroßen europäischen Staaten wie Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Polen zu weitreichenden Solidaritätskampagnen – zum Teil aus Angst vor der eigenen ‚Rekolonisierung‘ durch imperiale Großmächte. Durch ihren erheblichen Einsatz gegen die Achsenmächte seit 1941 stieg die Sowjetunion zum „heroischen Epizentrum eines globalen Kampfs“ (S. 65) für viele Menschen auf, doch durch ihre imperialen Ambitionen in Osteuropa büßte sie an Ansehen bei UnterstützerInnen im globalen Süden ein. Der letzte Abschnitt des Kapitels zeigt, wie sich die neuen sozialistischen Regime Osteuropas Anfang der 1950er-Jahre zunehmend an PolitikerInnen der bald sogenannten Dritten Welt, die seit der Konferenz von Bandung 1955 institutionell erstarkte, orientierten.

Der Beitrag zu (2) Entwicklung hebt die Erforschung von sozialistischen Diskursen, Programmen und internationalistisches Engagement für Entwicklung als Desideratum hervor. Überschattet von den Narrativen des westlichen Entwicklungsmodells gelte es, die Beiträge von anti-kolonialen Eliten in der „Dritten Welt“ als auch von nicht-westlichen europäischen AkteurInnen zu beleuchten. Die AutorInnen argumentieren, dass „Zirkulationen über globale Peripherien“ (S. 76) von den zentralasiatischen Sowjetrepubliken, einigen Staaten Lateinamerikas bis hin zu asiatischen Tigerstaaten sowjetische und osteuropäische

Vorstellungen und Politiken der Entwicklung maßgeblich prägten und fortwährend rekonfigurierten. Bedeutende Unterschiede werden darin deutlich, dass die Sowjetunion ihre Skepsis gegenüber den als „bourgeoisen NationalistInnen“ abgekanzelten anti-kolonialen FührerInnen weitgehend aufrechterhielt und groß angelegte Entwicklungsprogramme für China (ein Drittel aller Entwicklungsprojekte im ersten Fünfjahresplan wurde von der UdSSR und osteuropäischen Staaten finanziert und abgewickelt), Nordkorea und im Rahmen des RGW bevorzugte, während kleinere Staaten wie Rumänien oder das blockfreie Jugoslawien ökonomischen Alternativkonzepten im globalen Rahmen weit aufgeschlossener gegenüberstanden. Das entwicklungspolitische Engagement der Region war jedoch keine Einbahnstraße von „Ost“ nach „Süd“: So profitierte die UdSSR von Experimenten mit Hochleistungsweizen in Indien, und osteuropäische ÖkonomInnen knüpften durch ihre Beratertätigkeiten in Afrika, Asien und Lateinamerika neue Netzwerke und stießen auf neue Ideen. Sie halfen dabei, rigides Blockdenken aufzubrechen, was zur Gründung von neuen afro-asiatischen Institutionen in Osteuropa führte. Die halbherzige Unterstützung für eine (radikale) Umstrukturierung der Weltwirtschaft, die zaghafte Expansion des RGW, der 1981 Mosambiks Aufnahmeantrag ablehnte, eine nüchterne Handelspolitik, die sich verstärkt am Import von Rohstoffen aus dem „Süden“ zeigte, und nicht zuletzt die globale Schuldenkrise der 1980er-Jahre ließen den

Glauben an ein alternatives sozialistisches Weltsystem drastisch schwinden.

Der Abschnitt zu (8) Mobilität eröffnet mit der persönlichen Erfahrung eines vietnamesischen Schmieds, einer von rund 12 000 vietnamesischen Arbeitskräften in der Tschechoslowakei zu dieser Zeit. Rückblickend schätzen VietnamesInnen in der ČSSR, wie auch AngolanerInnen und MosambikanerInnen in der DDR, an ihren staatssozialistischen Gastländern sichere Löhne und ausgezeichnete öffentliche Infrastrukturen. Ihre Erinnerungen widersprechen dem Bild eines „immobilen Ostens“, das während des Kalten Kriegs verbreitet wurde. Staatssozialistische Formen der Mobilität waren dabei in der Regel mit Aspirationen nach staatlicher Entwicklung und Modernisierung der Herkunftsländer geprägt. Besonders die Studierenden- und ArbeiterInnenmobilität war zeitlich befristet und auf eine rasche Rückkehr ausgerichtet, um mit den erworbenen Fähigkeiten die Entwicklung des Entsendelandes voranzutreiben. Die Autorin Alena Alamgir argumentiert, dass es weniger entscheidend sei, ob geopolitische oder solidarische Motive ausschlaggebend waren; entscheidend waren der weitreichende Effekt dieser Ausbildungsprogramme – u. a. bahnbrechende Aufstiegschancen für Menschen aus sozial schwachen Schichten und/oder ländlichen Regionen – und ihre bloße Existenz als mögliche Alternative zu Ausbildungsprogrammen in Westeuropa und den USA, die postkolonialen Regierungen bei Verhandlung Handlungsmacht verlieh.

Die ausgewogenen und sachkundig verfassten Kapitel des Buches verdienen Anerkennung. Eine kritische Anmerkung betrifft die Terminologie: Gerade ob der Vielschichtigkeit und Mehrdeutigkeit des Begriffs „socialist“ – auch in der sich dekolonisierenden Welt – wäre eine konzeptionelle Debatte aus mehreren Blickwinkeln zu Beginn des Werks gewinnbringend gewesen. An manchen Stellen im Buch werden „socialism“ als auch „communism“ (S. 6) zur selben Zeit und offenbar synonym verwendet. Ähnliches gilt für Begriffe wie „communist internationalism“ oder „socialist internationalism“, bei denen nicht ausgewiesen ist, ob (und warum) sie synonym verstanden werden.

Die Einbeziehung von Dutzenden Archiven und Primärmaterial in zahlreichen Sprachen ist ein Alleinstellungsmerkmal des Werks und mitverantwortlich für die erreichte Tiefe und Multiperspektivität in den Themenschwerpunkten. Den AutorInnen gelingt es, in allen Kapiteln nicht nur die Sowjetunion, sondern AkteurInnen aus Polen, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, der Tschechoslowakei, der DDR und aus dem globalen Süden in den Blick zu nehmen. Abgesehen von knappen Danksagungen zu Beginn der Kapitel erfahren wir als LeserInnen jedoch kaum etwas über praktische und logistische Aspekte, die zu diesem Ergebnis führten. Der Umgang im Austausch von Primärmaterial, das Bewerbstelligen von ortsgebundenem als auch ortsungebundenem kollaborativen Schreiben, die Digitalisierung, Sortierung, Teilhabe am Material – all

dies bleibt im Dunkeln. Dabei wären eine Reflexion und Darlegung solcher Erfahrungen und Praktiken gerade für aktuelle wie zukünftige Forschungsprojekte mit einer ähnlich transnationalen, multilingualen Ausrichtung von großem Wert.

Ungeachtet dieser Kritikpunkte liegt hier ein exzellentes Buch vor, das Osteuropa und die Sowjetunion mit verschiedenen (Welt)regionen auf unterschiedlichen Skalen miteinander verflechtet. In Anbetracht der großen fachlichen Expertise des Projektteams, der multilingualen Anlage der Forschung und des umfassenden geografischen als auch zeitlichen Rahmens muss „Socialism Goes Global“ nicht nur als große Bereicherung für die Forschungslandschaft, sondern als ein zentrales Referenzwerk für das Feld verortet werden.

Immanuel R. Harisch

Johanna Meyer-Lenz/Franklin Kopitzsch/Markus Hedrich (Hrsg.): Hamburg in der Novemberrevolution von 1918/19. Dynamiken der politischen und gesellschaftlichen Transformation in der urbanen Metropole (Gender, Diversity, and Culture in History and Politics), transcript Verlag, Bielefeld 2022, 416 S.

Erinnerung, Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik gehören zusammen, wenn sich eine Gesellschaft ihrer Vergangenheit erinnert und diese auf potenzielle oder reale Gegenwartsbezüge, Traditionslinien und Lehren durchleuchtet. So entstehen jene Narrative, die im kollektiven Gedächtnis

dominieren bzw. in dieses hineingelangen sollen. Ändern sich die Zeiten, werden gestandene Generationen mit kontingentem Erfahrungsschatz von jüngeren abgelöst, deren Sozialisation von anderen Erfahrungen und Narrativen geprägt wurde. Hierdurch entsteht häufig das Bedürfnis nach neuen Fragen an Ereignisse, die das kollektive Gedächtnis beeinflussten. Wenige Fundamentale Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte waren deshalb so vielen Deutungsveränderungen unterworfen wie die Revolution 1918/19. Zugleich haben sich in den vergangenen Jahrzehnten die Forschungsperspektiven stärker in eine regional- bzw. lokalgeschichtliche Richtung verschoben. Bis 1988/89 überwogen solche politisch-historische Deutungen die Forschungsinteressen und Interpretationen, die im Kontext der Systemauseinandersetzung zwischen Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik standen.

Der vorliegende Sammelband geht auf eine Ringvorlesung (Sommersemester 2018/Wintersemester 2018/19) zurück, die als Kooperationsveranstaltung zwischen der Universität Hamburg, der Stiftung Historisches Museum Hamburg, dem Museum für Hamburgische Geschichte und dem Forschungsverbund zur Kulturgeschichte Hamburgs durchgeführt wurde. Den Anstoß gab ein Antrag der Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft, in dem die „Würdigung der Novemberrevolution 1918/1919 und ihrer Protagonisten/-innen“ gefordert wurde.¹

Der erste Teil der überarbeiteten Vorträge erschien bereits 2018.² Wie die Herausgeber*innen betonen, gehen die in dem 2022 publizierten Band versammelten Beiträge über den Themen- und Forschungsrahmen des Vorgängers hinaus und setzen den Akzent stärker auf neue Forschungsergebnisse. Gewidmet wurde er dem im April 2019 verstorbenen Hamburger Historiker Prof. Dr. Axel Schildt, der seinen hier abgedruckten Beitrag zur Vorlesungsreihe noch konzipieren, aber nicht mehr selbst vortragen konnte.

Johanna Meyer-Lenz legt in ihrem einleitenden Beitrag die Konzeption der Ausstellung und der Druckwerke dar und betont die starke Verschränkung interdisziplinärer Zugänge und Aspekte, „um der Dynamik der Revolution als vielgestaltigem und fluidem Phänomen gerecht zu werden“. Revolutionsforschung, Kriegsgeschichte, Gewaltgeschichte, Gendergeschichte, Krankheits- und Seuchengeschichte sollten „nicht mehr separat, sondern als miteinander verflochtene Themen“ behandelt werden (S. 23). Ordnende Dimensionen der Betrachtung seien deshalb vor allem „Hamburg als urbane Metropole“, ferner „Konfliktdynamik und Politik – Akteur*innen, Raum, Masse, Gewalt“ und „Hamburg – Altona – Region – Gender – Wahlen“. Meyer-Lenz selbst entwickelt diese methodische Herangehensweise in dem ersten ihrer beiden Beiträge zum Großreeder und „Kaiserjuden“³ Albert Ballin. *Markus Hedrich* führt biografische Zugänge und „Bilderwelten der Transformation“ zusammen. So werden

die folgenden Kapitel und Beiträge für die Leser*innen kontextualisiert.

Meyer-Lenz gelingt es in ihren weiteren Beiträgen zu den Dimensionen „Konfliktparteien und Konfliktdynamiken der Revolution“ und „Vorrevolutionäre Ära 1890–1918: Räume der politischen Macht“ überzeugend, die zur Transformation drängenden und von ihr bedrohten Kräfte vorzustellen und zu rekonstruieren. Sie bedient sich dabei eines Konfliktmodells, das zwei einander entgegenstehende Gruppen – nicht Klassen – voraussetzt: die Gruppe der etablierten Regierung und jene der „unrest groups“, also der unzufriedenen unterprivilegierten Gruppen. Der Betrachtungsrahmen fixiert also keine festen sozialen oder parteilichen Strukturen, sondern Konfliktstrukturen und -verläufe, mithin politische Exklusion, soziale Marginalisierung, Ressourcen- und Lebensmittelknappheit, Krankheiten, das Zurückfluten der Armee usw., die im Laufe der Konfliktaustragung Verschiebungen innerhalb der Konfliktparteien bewirken können. Diese Verschiebungen sieht sie im Laufe der Revolution bei beiden Gruppen vor sich gehen. Die SPD suchte mehr und mehr die Kooperation mit den liberalen und gemäßigt konservativen Teilen des Establishments, um die parlamentarisch verfasste Demokratie durchzusetzen, und wurde darin von jenen durchaus bestärkt. Die radikalen Kräfte der Arbeiterbewegung, z.B. die USPD, blieben „unrest groups“, verloren aber ihre führende Stellung z.B. im Arbeiter- und Soldatenrat. Auf der Seite der „Etablierten“

befürwortete Albert Ballin eine Demokratisierung und die Oktoberverfassung, nicht zuletzt als Damm gegen die Revolution. Er wäre also ein Kooperationspartner für SPD und Liberale gewesen, eine Art „Vernunftrepublikaner“ wie Stresemann. Doch er starb bereits am 9. November an den Folgen einer Überdosis eines Schlafmittels. Die Differenzierungen innerhalb und zwischen beiden Konfliktgruppen setzten sich fort und führten zum Ende der Räteherrschaft in Hamburg und zum politischen Sieg der Bürgerschaft im März 1919. So mögen jene politisch-kulturellen Strukturen entstanden sein, die der sozialdemokratische Erste Bürgermeister Henning Voscherau einmal als „Bürgerrepublik“ bezeichnete: eine überwiegend sozialliberale SPD und ein überwiegend liberales Bürgertum.

Biografisches fließt in die behandelten Dimensionen ein: Der Sozialdemokrat Carl Herz, der 1917 von der SPD zur USPD übertrat und Mitglied der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrates wurde, legte einen sozialistischen Verfassungsentwurf vor, der allerdings nicht mehr durchsetzbar war. Sein Wirken rekonstruiert *Christian Hanke*. Als Kontrapunkt zum Linkssozialisten Herz firmiert hier der Beitrag von *Ulf Morgenstern* über die Wahrnehmung der Revolution und der Republikgründung in der Familie des Reichsgründers Otto von Bismarck. Als Quellen liegen unter anderem Familienbriefe vor, die die Zukunftsangst der alten regionalen Eliten dokumentieren. Der bismarcksche Familiensitz Gut Friedrichsruh wurde sogar

1919 zum Hauptquartier der Freikorps. Weitere Dimensionen der Reflexion beziehen sich auf die Transformation im lokalen Vergleich und im Großraum, bezogen auf Ereignisketten und Wahlen, auf Erinnerungskultur, kollektive Narrative, z.B. der Kirche, und auf Selbstzeugnisse, aber auch auf die mediale Darstellung von Männlichkeit in Kino und Film.

Insgesamt haben die an diesem Projekt Beteiligten eine interessante Lektüre vorgelegt, die differenziert und methodologisch ambitioniert Revolution nicht allein als einen politischen Akt begreift, sondern als einen komplexen politischen, sozialen, psychologischen Transformationsprozess mit inneren Gärungen, die neue Konstellationen formten. Die heutige „Bürgerrepublik“ entstand aus den Auseinandersetzungen der Jahre 1918/19.

Holger Czitrich-Stahl

- 1 https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/67541/wuerdigung_der_novemberrevolution_1918_19_und_ihrer_protagonisten_innen.pdf [22. 7. 2023]. Der Antrag ist als erledigt durch den Ablauf der Wahlperiode in den Parlamentsakten vermerkt.
- 2 Hans-Jörg Czech/Olaf Matthes/Ortwin Pelc (Hrsg.): *Revolution? Revolution! Hamburg 1918/19*, Kiel/Hamburg 2018. Es handelt sich um den Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung im Museum für Hamburgische Geschichte vom 25. April 2018 bis zum 25. Februar 2019.
- 3 Diese Bezeichnung geht auf Chaim Weizman, den späteren israelischen Staatspräsidenten zurück und bezieht sich auf die jüdischen Bankiers und Unternehmer, mit

denen sich Wilhelm II. häufig besprach. Zu ihnen gehörten neben Albert Ballin auch Emil und Walther Rathenau sowie Henri James Simon.

Lino Schneider-Bertenburg: 1873. Der Gründerkrach und die Krisenwahrnehmung der deutschen Sozialdemokratie (Geschichte in Wissenschaft und Forschung), Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2022, 410 S.

In Zeiten einer multiplen Krise liegt es nahe, auch auf frühere Krisen zu schauen. Wie nahm die deutsche Sozialdemokratie den „Gründerkrach“ von 1873 wahr? Das ist die Leitfrage des Buches von Lino Schneider-Bertenburg. Aber tatsächlich handelt es von viel mehr, und man ist geneigt zu sagen: zum Glück! Nicht weil die Ausführungen zur Krisenwahrnehmung der jungen Sozialdemokratie allein zu schwach gewesen wären – dies sicher nicht. Das Buch liefert auf weiten Strecken Anregendes zur Theorieaneignung in der frühen Sozialdemokratie, das thematisch mit der Ankündigung im Untertitel nur entfernt zu tun hat.

Auf die Einleitung folgt als zweiter Teil die Analyse der ökonomischen Prozesse. Der Titel von Teil III lautet: „Die Krisenwahrnehmung in der deutschen Sozialdemokratie“; hier kommt es zu den erwähnten thematischen Erweiterungen. Die Schlussbetrachtung von 25 Seiten bildet zusammen mit einem Ausblick den letzten Teil.

Als Krise definiert der Autor zum einen eine „Wendephase in der Konjunkturentwicklung“, andererseits eine Zeit „sozioökonomischer Unsicherheit“, welche

„die Überzeugungskraft der etablierten Ideen verringert“. Dies entspricht seinem Anspruch der „Verbindung von Wirtschafts- und Kulturgeschichte“ (S. 64 f.), wobei Kulturgeschichte im Buch doch eher als eine Geschichte politischer Ideen verstanden wird.

Die Analyse der „Weltwirtschaftskrise“ (so die Wortwahl in der Überschrift von Teil II) enthält finanzwissenschaftlich geprägte Ausführungen zu Krisentheorien, welche die Verwendung des Begriffs „Krise“ begründen sollen. In Teil III greift der Autor diese Erkenntnisse nur in geringem Maß auf; es wäre vermutlich möglich gewesen, mit weniger als den hier aufgebotenen 90 Seiten zu Krisentheorien zurechtzukommen. Dann wäre wohl klarer geworden, was kürzlich an anderer Stelle prägnant herausgearbeitet wurde: dass im Anschluss an Marx, der hier der klassischen Theorie folgte, die SPD bis zum Aufkommen des Keynesianismus in den 1920er-Jahren Krisen im Kapitalismus für nicht gestaltbar hielt. Dies trug schließlich wesentlich zu ihrer passiven Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 bei, anders als es etwa bei Skandinaviens Sozialdemokraten der Fall war, die mit innovativen Programmen die Krise bekämpften.¹ Im weiteren Verlauf des Buches bekommt man eine Ahnung von dieser Schlussfolgerung, wenn der Autor herausarbeitet, dass die Sozialdemokraten mit überzeugenden Argumenten die Reaktion der Regierung Bismarck auf die Krise kritisierten, aber nicht mit einem Gegenvorschlag einer schrittweisen Krisenlösung

reagierten, sondern darauf verwiesen, nur ein grundlegender Systemwechsel könne die Krise beenden.

Auf die für die Untersuchung wichtige Frage, in welchem Verhältnis die Weltwirtschaftskrise zum deutschen „Gründerkrach“ stand, lautet die Antwort: „Ohne Weltwirtschaftskrise hätte es den Gründerkrach nicht gegeben.“ (S. 65) Deshalb behandelt der Autor in Teil II, Abschnitt 4 die deutsche Krise im internationalen Kontext. Die Gründerkrise 1873 markiere „die sozioökonomische Durchsetzung der wirtschaftlichen Globalisierung in Deutschland im Sinne eines für die Zeitgenossen spürbaren Wendepunkts“ (S. 109). Die ökonomischen Wirkungen der Krise, deren Verlauf er in den USA, in Wien und in Berlin, den Zentren der Krise, nachspürt, bewertet der Autor weitaus geringer als die politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, die der „Gründerkrach“ im Deutschen Reich angestoßen habe.

Die Untersuchung der Debatten über die Krise, die im dritten und zentralen Teil der Arbeit erfolgt, soll als Sonde zur Erkundung des Prozesses der Ideologie- und Theorieaneignung der Sozialdemokratie in den 1870er-Jahren dienen. Dazu hat der Autor teils automatisiert, teils manuell über 500 Artikel in den zentralen Organen von ADAV, SDAP und SAPD ausgewertet. Er nennt dies eine „Analyse der sprachlichen Ebene“ (S. 136). Die Auswahl erfolgte durch eine digitale Recherche nach Schlüsselbegriffen wie beispielsweise „Krise“, ergänzt um eine Komplettdurchsicht. Außerdem

zog er Reichstagsprotokolle, Briefe und Broschüren heran.

Bei den Lassalleanern, so eines der Ergebnisse, spielte der Begriff des „Internationalen“ „eine weitaus geringere Rolle“ als bei den Eisenachern (S. 146). Eine Ursache dafür dürfte die stärkere Einbindung der SDAP in die Internationale Arbeiter-Assoziation gewesen sein, durch deren Netzwerk sie eine „vertrauenswürdige Presseberichterstattung“ aus den USA organisieren konnte (S. 159). Generell konstatiert er aber einen „klare[n] Vorrang der nationalen Krisenverarbeitungsdiskurse vor den internationalen Aspekten“ (S. 179). Zudem wurde das „internationale Element“ in der Krisenanalyse der Sozialdemokratie „häufig als Bedrohung“ empfunden, „nicht selten in Gegenüberstellung zum guten und einfachen Volk, welches sich den Krisen und politischen Entscheidungen in fernen Ländern zu beugen habe“. Nur wenn es um die Zukunft ging, erfuhr das Internationale eine positive Bewertung. Bemerkenswert ist die Feststellung: „Wenn bei den Sozialisten der 1870er-Jahre von ‚der Welt‘ die Rede war, waren meist die westlichen Länder gemeint.“ Der Autor spricht dabei von „westlicher Zivilisation“. (alle Zitate: S. 384) Gerne hätte man gewusst, ob dies ein Quellenbegriff ist.

Eine weitere Erkenntnis des Autors nach der Analyse des Quellenkorpus ist, dass die Sozialdemokratie in der Krise die „wahren, althergebrachten Werte“ gegen die Elite verteidigt habe (S. 225). Hier habe sich die Verwurzelung in der Handwerkerschaft

gezeigt. Die frühe Sozialdemokratie sei eine „konterrevolutionäre Kraft in Moralfragen“ gewesen. Frauen- und noch mehr Kinderarbeit wurden als „Bedrohung der öffentlichen Moral“ betrachtet (S. 389 f.). Von einer wissenschaftlichen Analyse fern von moralischen Urteilen wie bei Karl Marx konnte also keine Rede sein.

Manche der Ergebnisse waren bereits vor 45 Jahren bei Cora Stephan nachlesbar, worauf der Autor auch wiederholt verweist.² Dazu gehört, dass nach 1871 bei ADAV und SDAP die Erwartung einer baldigen Revolution verschwand. An die Stelle dieses Modells traten nun „die Begriffe der Organisation und des unvermeidlichen Zusammenbruchs, Krachs oder Großen Kladderadatschs“. Die Erwartung einer ökonomischen Krise nahm „immer mehr den Platz der vormaligen Idee einer spontanen Volksbewegung ein“ (S. 377 f.).

Aber wie genau sollte die Revolution verlaufen? Darauf gab es keine Antworten. Eisenacher wie Lassalleaner gingen „von einem quasi selbständigen Revolutionsprozess“ aus (S. 300). „Der Übergang zwischen Gegenwart und Zukunft, also die Zeit von der Revolution bis zur Geburt des ‚Volksstaats‘ blieb damit unkartographiertes Gelände in den Köpfen vieler der im Marx’schen Sinne denkenden Sozialisten.“ (S. 320)

Dass sich – insbesondere im Streit um Eugen Dühring – der „klassische Marxismus“ durchsetzte, war nicht ausgemacht. „Dieselben Mechanismen hätten aber genauso ein völlig anderes politisches Konzept

hervorbringen können und waren [...] vor dem Greifen des Sozialistengesetzes auch auf dem besten Weg dorthin.“ Die Jahre von 1873 bis 1877 waren ein „Zeitabschnitt sui generis“, nicht die „vorkautskyanische‘ Version“ eines erst später erreichten Idealtypus (S. 239).

Die schon ältere Einschätzung, die Sozialdemokratie habe nach 1871 Unzufriedenheit hin zu Agitation und Organisation gelenkt statt auf eine baldige Revolution, erweitert der Autor zum provozierenden Gedanken, der sozialdemokratische Diskurs habe das System stabilisiert: „Mit der Aufrechterhaltung der revolutionären Drohung bei ihrer gleichzeitigen Bändigung hat die deutsche Sozialdemokratie einen weit größeren Beitrag zur Stabilität des Kaiserreichs geleistet, als ihr gemeinhin zugebilligt wird.“ (S. 340) Die Existenz der Sozialdemokratie habe „durch ihren Druck im Hinblick auf die soziale Frage und die Demokratisierung des Kaiserreichs“ dazu geführt, dass die „soziale Balance [...] wenn auch nicht gewahrt, aber jedenfalls ausreichend Berücksichtigung fand und dass für weite Teile der Deutschen nicht ausreichend Gründe bestanden für das, was viele Sozialisten sich erhofften: die Revolution“ (S. 381).

Am Ende des Buches wissen wir viel über die Kriseneinschätzungen der Sozialdemokratie, noch mehr aber über „politisch-organisatorische und diskursiv-ideologische Ausschließungen und Einschließungen“ (S. 367). Die eklektische Aneignung von Theorien durch die Sozialdemokratie der 1870er-Jahre, die frühere

Autoren (namentlich genannt wird nur Hans-Josef Steinberg) als Irrweg kritisiert, ist für Schneider-Bertenburg Ausdruck von Pluralismus und somit Modernität.

Mit diesen Analysekategorien begibt sich der Autor auf das Glatteis des Anachronismus. Lässt sich die politische Sphäre der 1870er-Jahre mit heutigen verstehen? Oder ist dies nicht auch teleologisch gedacht wie die zu Recht vom Autor kritisierten älteren Interpretationen?

Ein Buch, das nicht nur neue Erkenntnisse liefert, sondern am Ende auch zu weiteren Fragen anregt, kann man nur als gelungen bezeichnen. Es baut eine Brücke zwischen den zahlreichen älteren Untersuchungen zur Geschichte der Sozialdemokratie bis zur Reichsgründung und neueren Werken über die programmatische Formierung der Bewegung, unter denen Christina Morinas Buch über die „Erfindung des Marxismus“ herausragt.

Bernd Rother

- 1 Fritz Weber: Die Sozialdemokratie auf dem Weg von oder zu sich selbst. Gibt es eine Logik in der politischen Entwicklung der letzten 150 Jahre?, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 29 (2018) 1, S. 135–147.
- 2 Cora Stephan: „Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!“ Aus der Usgeschichte der Sozialdemokratie 1862–1878, Frankfurt a. M. 1977.

Uli Schöler: „Despotischer Sozialismus“ oder „Staatsklaverei“? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917–1929). 2 Bde., 2. erw. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 2021, 983 S.

Eine vor dreißig Jahren erschienene Dissertation wird unverändert wieder aufgelegt – an sich eine Seltenheit. Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine hat die Arbeit aber wieder eine neue Aktualität erhalten. Um es gleich vorweg zu nehmen: Im internationalen Konzert war die SPD stets der skeptische und kritische Teil. Die Mehrheit der Partei sah in Russland schon ab 1919 kein Vorbild mehr, sondern nur noch abschreckendes Beispiel. An den damaligen Debatten zeigt sich, dass eine politische Linke sich nicht in blinder Solidarität auf der Grundlage tradierter – (und wahrscheinlich) längst überholter – Bündnisse oder oberflächlicher Gemeinsamkeiten ergehen muss, sondern eine kritische Diskussion/Haltung möglich ist, die sich an den konkreten Gegebenheiten orientiert.

Schölers Arbeit befasst sich nicht mit der sozialdemokratischen Reaktion auf die sowjetrussische Innen- und Außenpolitik, sondern ausschließlich mit der theoretischen Frage, wie die Russische Revolution und die aus ihr entstandene Gesellschaft von der deutschsprachigen Sozialdemokratie beurteilt wurden. Besonders fruchtbar ist Schölers durchgängig verfolgter Ansatz, die deutsche und österreichische Sozialdemokratie miteinander zu vergleichen und immer wieder auch die Positionen der in

Deutschland lebenden Menschewiki in den Vergleich einzubeziehen. Seine Arbeit beruht auf einer außerordentlichen Fülle an Quellen. Er berücksichtigt bekannte und weniger bekannte Sozialdemokraten, von Eduard Bernstein über Karl Kautsky und Otto Bauer bis hin zu Rudolf Hilferding, Otto Kirchheimer, Paul Olberg und Wally Zepler. Schölers umfassendes Literaturverzeichnis besteht zu fast einem Drittel an zeitgenössischer Literatur, mit einer großen Spannweite der unterschiedlichsten Zeitungen, von Ernst Däumigs „Arbeiter“, den beiden großen sozialdemokratischen Tageszeitungen „Vorwärts“ (Berlin) und „Arbeiter-Zeitung“ (Wien) bis hin zu kleineren Zeitschriften wie den „Jungsozialistischen Blättern“. Die dahinterstehende Leistung ist umso mehr zu würdigen, wenn man berücksichtigt, dass zum Zeitpunkt des Erscheinens der Originalausgabe (der Dissertation) noch keine Digitalisate oder digitale Hilfsmittel zur Verfügung standen.

Schölers Darstellung setzt mit den beiden Revolutionen 1917 ein und endet 1929 mit der Neuen Ökonomischen Politik, in der er einen gravierenden Einschnitt in der Entwicklung der sowjetrussischen Gesellschaft sieht. Die Bolschewiki galten der SPD anfänglich kurioserweise „als die konsequentesten Verfechter von Freiheit und Demokratie“ (S. 120), nach der gewaltsamen Aufhebung der russischen Konstituante, 1918, drehte sich die Einschätzung, das Bild der SPD vom Bolschewismus verfestigte sich, und Russland war für die Mehrheit der SPD nur noch ein „abschreckendes

Beispiel“ (S. 121). Der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer sah dagegen die bolschewistische Praxis als „das notwendige Produkt der gegebenen Verhältnisse“ (S. 131). Bauer auf der einen und Kautsky auf der anderen Seite sind für Schöler die Pole, um die sich andere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gruppierten. Kautsky steht für „abstrakte, von Marx und Engels hergeleitete Lehrsätze über die Voraussetzungen des Übergangs zum Sozialismus“, Bauer dagegen für „eine Bewertung und Erklärung der realhistorischen Entwicklung“, wonach die Möglichkeit einer sozialistischen Entwicklung für die junge Sowjetunion noch offenstand. Bauer prägte in der Folge den Begriff des „despotischen Sozialismus“ zur Charakterisierung der sowjetrussischen Gesellschaft (S. 85), die über staatliches Diktat zu erreichen versuche, was sich nur aus der langsamen, organischen Entwicklung ergeben könne. Sowjetrussland stellte für Bauer zunächst einen Übergangszustand aus kapitalistischen und sozialistischen Elementen dar. Die Demokratisierung, unerlässlich für eine sozialistische Entwicklung, hielt er weiterhin von innen heraus für möglich. Kautsky sah dagegen in Sowjetrussland ein Regime staatskapitalistischer Prägung mit dem Ziel der unumschränkten Herrschaft der politischen Polizei, das sich auch den gesamten Produktionsapparat untergeordnet habe und mit dem Sozialisten nicht die geringste Interessengemeinschaft haben könnten. In insgesamt 8 Kapiteln analysiert Schöler, wie Kautsky, Bauer und zahlreiche

Autorinnen und Autoren zwischen diesen beiden Antipoden den Charakter der Oktoberrevolution beurteilten, wie sie die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der sowjetrussischen Regierung und die Entwicklung von Demokratie und Diktatur sahen, wie sie den Bolschewismus als politische und ideologische Strömung in der internationalen Arbeiterbewegung beurteilten. Von besonderem Interesse sind hier sicherlich die Ausführungen über die Ukraine und die kaukasischen Sowjetrepubliken. Schöler zitiert den deutschen Sozialdemokraten Elias Hurwicz, die Ukraine habe ihre Autonomie aufgrund der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen durch die Bolschewiki erlangt, sei dann aber „wieder annektiert worden und werde wirtschaftlich unterjocht“ (S. 534). Von gerade gespenstischer Aktualität, was Eduard Bernstein über das Vorgehen der Bolschewiki gegen Aserbaidshan und Armenien schrieb: Man „habe [...] erst die eigenen Agenten hingeschickt und die Demokratie zerstört, um anschließend die ‚Befreier-Armee‘ folgen zu lassen.“ (S. 534). Abschließend stellt Uli Schöler dar, wie sich die Rezeption der sowjetrussischen Entwicklung auf die Programmatik der Sozialdemokratie, auf die Diskussion der Begriffe „Demokratie“ und „Diktatur“ auswirkte: Gab es eine ‚bürgerliche Demokratie‘, in der der Kapitalismus prägend war (Bauer), oder war der Begriff insofern irreführend, als die Demokratie per se, mit all ihren Freiheiten, die Voraussetzung für die Entwicklung des Sozialismus war?

Schöler hat die Neuauflage seiner Dissertation mit einem Register und mit einem neuen Vorwort versehen. Darin analysiert er nicht die in der Zwischenzeit erschienene Literatur zum Thema, sondern beschränkt sich darauf, die Rezeption der ersten Auflage zu diskutieren, was reichlich Stoff gibt, um über die Entwicklung linken Denkens in Europa und seine Haltung zu Sowjetrussland nachzudenken.

Abschließend seien zwei kritische Bemerkungen angeführt: In der Literaturliste vermisst man die „Betriebsräte-Zeitschrift“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit den kenntnisreichen Analysen Judith Grünfelds zu Sowjetrussland (Grünfeld war deutsch-russische Ökonomin und Mitarbeiterin des DMV).

Vielleicht hätte es Schölers Schlussfolgerungen aber nicht verändert, wenn diese Quelle auch noch berücksichtigt worden wäre. Der bei Schöler mehrfach zitierte Max Cohen trat nicht nur für die kontinentaleuropäische Orientierung der deutschen Sozialdemokratie ein, sondern befürwortete ebenso wie der Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte“, Joseph Bloch, eine „östliche Orientierung“, womit er ein gutes Verhältnis zu Russland und gleichzeitig die Abkehr vom ‚westlichen Liberalismus‘ meinte. Dies wird nicht näher erörtert.

Schölers detaillierte Darstellung zu sichten, stellt eine gewisse Herausforderung dar, ist aber lohnenswert, da die Lektüre mit großem Erkenntnisgewinn verbunden ist.

Willy Buschak

Olga Sparschuh: Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München 1950–1975, Wallstein Verlag, Göttingen 2021, 718 S.

Zur Geschichte der Arbeitsmigration der 1950er- bis 1970er-Jahre in die Bundesrepublik existieren mittlerweile zahlreiche Studien, die sich einzelnen Orten, spezifischen nationalen Gruppen oder bestimmten Aspekten des Themas widmen. Insbesondere mit Blick auf Migrationsregime sind dabei auch die europäischen Dimensionen des Phänomens beleuchtet worden. Olga Sparschuh schließt mit ihrer 2021 veröffentlichten Dissertation an diese Forschungen an, indem sie am Beispiel einer Gruppe – Migrant*innen aus Süditalien – die internationale Arbeitsmigration mit der italienischen Binnenmigration vergleicht. Dafür nimmt sie auf über 700 Seiten systematisch die Entwicklungen in zwei Großstädten, Turin und München, in den Blick und untersucht in fünf Kapiteln Migrationsregime, Wissensbestände und Alltagsrealitäten, Arbeitsverhältnisse, Freizeitaktivitäten und Unterkünfte.

Im ersten Abschnitt, der sich den Migrationsregimen in beiden Ländern und Städten widmet, untersucht Sparschuh die rechtlichen Rahmen- und Ausgangsbedingungen. Dabei zeigt sie, wie das aus dem Faschismus stammende „Gesetz gegen den Urbanismus“ noch bis 1961 die Binnenmigration in Italien illegalisierte – den unregulierten, über persönliche Netzwerke organisierten Zuzug in den Norden aber nicht verhindern konnte. Demgegenüber stellte das

deutsch-italienische Anwerbeabkommen von 1955 den Versuch einer gezielten Steuerung der Migration dar. In einer Phase der Liberalisierung glichen sich die Migrationspolitiken beider Länder mit der schrittweisen Einführung der Freizügigkeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) dann zunehmend an – Sparschuh vertritt hier mit Einschränkungen die These einer „europäischen Binnenmigration“ (S. 171 f.). Differenzen zwischen ländlichen und städtischen Räumen überlagerten dabei die Bedeutung der Überquerung nationaler Grenzen. Lokalen Migrationsregimen kam eine wichtige Rolle zu, da beide Großstädte angesichts hoher Zuwanderungszahlen seit Ende der 1960er-Jahre auf eine aktive Migrationskontrolle hinwirkten.

Die Frage der Wahrnehmung der Migration steht im Zentrum des zweiten Abschnitts. Sparschuh widmet sich hier den Bildern und Vorstellungen von süditalienischen Migrant*innen (*meridionali*) in Turin und München, nimmt aber auch deren Perspektiven auf die Städte in den Blick. Den Ausgangspunkt bildet die Frage, warum die Zuwanderung im Ausland, in München, deutlich positiver wahrgenommen wurde als in Turin (S. 176). Dabei zeigt sie, wie in beiden Orten ähnliche, auf Unterschiede im sozialen Status verweisende Stereotype kursierten, diese in München aber durch positive, romantisierende Italien-Vorstellungen überlagert wurden. Als Erklärung für diese Differenzen führt sie u. a. an, dass die Form der Migration (unkontrolliert oder organisiert) einen starken Einfluss auf die mediale

Darstellung gehabt habe. Hinzu kamen auf westdeutscher Seite Faktoren wie der Tourismus und die Entdeckung der italienischen Gastronomie, die dazu beigetragen hätten, dass Migrant*innen aus Italien zunehmend als die „guten Ausländer“ galten (S. 257).

Im dritten Abschnitt stehen Arbeitsverhältnisse im Fokus, wobei Sparschuh sich betrieblicher Beschäftigung, Protest und Partizipation sowie Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs durch Aus- und Weiterbildung widmet. Die Arbeitswelten untersucht sie am Beispiel von FIAT und BMW, denen vor Ort jeweils eine zentrale wirtschaftliche Bedeutung zukam. Beide Firmen setzten lange auf die Rekrutierung von Arbeitskräften im regionalen Umland, bevor sie Migrant*innen aus dem Süden einstellten. Während FIAT seit Ende der 1960er-Jahre allerdings Zehntausende von *meridionali* einstellte (S. 287), waren bei BMW nur wenige Hundert Italiener*innen beschäftigt (S. 283, 289). Sparschuh gelingt es mit ihrem systematisch angelegten Vergleich zwar gut, Gemeinsamkeiten und Differenzen in der Anwerbepolitik der zwei Automobilunternehmen herauszuarbeiten. Leider geht dies zulasten des Blicks auf Arbeitsverhältnisse in anderen Branchen. So war ein Großteil der italienischen Migrant*innen in München etwa im Maschinenbau und im Baugewerbe beschäftigt (S. 392), wo vermutlich andere Arbeitsbedingungen als bei BMW herrschten. Dem „Heißen Herbst“ der Arbeitskämpfe bei FIAT 1969 entsprach insofern keine vergleichbare Revolte

in München, wo der wilde „Italienerstreik“ 1972 klein und isoliert blieb (S. 324).

Die Freizeitsphäre wird am Beispiel von Betreuungsmaßnahmen, Konsum und politischer Partizipation untersucht. Nach einem Blick auf informelle Formen der Freizeitgestaltung, etwa rund um Bahnhöfe, arbeitet Sparschuh heraus, wie in beiden Orten kirchliche Initiativen als „Schrittmacher“ (S. 387) organisierter Betreuung wirkten, bevor sich auch die Kommunen und Betriebe dieser Aufgabe zuwandten. In beiden Städten wurden Angebote für Migrant*innen entwickelt, die in Turin allerdings stärker auf eine gesellschaftliche Integration zielten. Mit einer Untersuchung der schrittweisen Einbindung in die Konsumgesellschaft – von Lokalbesuchen über den Autokauf bis zur Geschäftsgründung – wendet sich Sparschuh gegen das vorherrschende Bild ausschließlich arbeitsorientierter „Gastarbeiter“, auch wenn das Motiv des Sparens vor allem im Ausland noch lange eine zentrale Rolle spielte. Gering blieb in beiden Städten dagegen das politische Interesse der Migrant*innen, wobei verschiedene politische Spektren vor allem in Turin Vereine für *meridionali* ins Leben riefen. Sparschuh konzentriert sich dabei auf etablierte Parteien und Vereine auf regionaler Basis, während die Frage der Partizipation in der Neuen Linken offenbleibt.

In Bezug auf die Unterbringung hebt Sparschuh erneut die Differenzen hervor, die sich aus der unkontrollierten oder regulierten Form der Migration ergaben: Während westdeutsche Unternehmen zur

Unterbringung angeworbener Arbeitskräfte verpflichtet waren und diese dadurch zunächst separat vom regulären Wohnungsmarkt untergebracht wurden, verstärkte der Zuzug nach Turin die dortige Wohnungsnot und führte zur Belegung von Dachkammern, Kellerräumen und „wildem Barackenlagern“ (S. 521). Sparschuh folgt in ihrer Darstellung der „charakteristische[n] Sequenz“ von provisorischen Barackenlagern, kollektiven Wohnheimen und privat gemieteten Wohnungen“ (S. 514) – ein typisches Modell für die Bundesrepublik, das das frühe Nebeneinander privater wie betrieblicher Unterbringung jedoch tendenziell verdeckt. Die über informelle Netzwerke verlaufende Kettenmigration führte schließlich zur Entstehung relativ herkunftshomogener „Kolonien“ in Turin, während Südtaliener*innen in München weitgehend verstreut lebten.

Die von Sparschuh gewählte Methode des sogenannten Y-Vergleichs erweist sich als innovativ und aufschlussreich, als sie nicht nur ein neues Licht auf die Spezifika der organisierten Arbeitsmigration in die Bundesrepublik wirft, sondern auch die sowohl in der Migrationsforschung wie im Alltagsverstand verankerte Dichotomie zwischen Binnen- und internationaler Migration grundlegend infrage stellt. Fremdheitserfahrungen und die Kategorisierung als „Migranten“ waren in beiden Städten prägend, die Nationalität also nicht der ausschlaggebende Faktor. Gleichzeitig birgt die Methode aber auch Schwächen, da die zu vergleichenden Migrationsprozesse vor

Ort jeweils einen anderen Umfang und Stellenwert hatten. Während die Migration aus Süditalien in München nur einen kleinen Teil der „Gastarbeiter“-Zuwanderung ausmachte, war sie in Turin dominant. Vor diesem Hintergrund lesen sich die Passagen der Studie zu Turin mitunter eingängiger, während die Untersuchung südtalienscher Migrant*innen in München zum Teil nur schwer vom Blick auf die Lebens-, Arbeits- und Wohnverhältnisse „ausländischer Arbeitnehmer“ im Allgemeinen zu trennen ist.

Alles in allem hat Olga Sparschuh eine imposante Studie vorgelegt, die die Migration aus Süditalien nach Turin und München in den „langen 1960er-Jahren“ in ihren vielen Facetten systematisch vergleicht und zu aufschlussreichen Erkenntnissen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Binnen- und internationaler Migration gelangt. Während die italienische Süd-Nord-Migration aufgrund des ökonomischen und sozialen Gefälles im Land sich für einen solchen Vergleich – und damit die Irritation gängiger Vorstellungen – als besonders gut geeignet erweist, wäre es interessant, kontrastierend zur Forschung über internationale Migrationsprozesse künftig auch andere, weniger „sichtbare“ Formen von Binnenmigration in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stärker in den Blick zu nehmen.

David Templin

Steve Wright: The Weight of the Printed Word. Text, Context and Militancy in Operaismo (Historical Materialism Book Series, Bd. 234), Brill, Leiden 2021, 612 S.

In seinem neuen Buch unternimmt Steve Wright einen enormen historiografischen Aufwand, um die verschiedensten Dokumente und Texte der italienischen Autonomie-Bewegung zu sichten, zu selektieren und chronologisch aufzuarbeiten. Dabei wird der Monografie nur eine unbedeutende Nebenrolle zugeordnet. Bei einem Großteil der Texte handelt es sich um Zeitungsartikel, Fragebögen, Flyer oder interne Dokumente, die für die Kommunikation der einzelnen Mitglieder der verschiedenen Arbeitsgruppen untereinander gedacht waren. Wright argumentiert, dass diese Texte einen privilegierten Zugang zur Problematik der militanten Diskursproduktion der damaligen Zeit liefern, ohne damit zugleich zu behaupten, dass sich die militante Arbeit der damaligen Zeit in der Produktion solcher Dokumente erschöpfen hätte. Er betrachtet jedoch die Dokumentation geteilter Erfahrungen, die Ausarbeitung gemeinsamer Ziele sowie die Behandlung der auf diesem Weg auftretenden Probleme nicht nur als wichtige Eckpunkte für linksradikale Theoriebildung, sondern auch als einen integralen Bestandteil der täglichen militanten Praxis.

Neben dem Sichtbarmachen der Textproduktion innerhalb einer Bewegung und für die Bewegung geht es Wright auch um das Sichtbarmachen der Diversität innerhalb eines scheinbar homogenen Theoriegebäudes. Dabei behandelt er aber auch eine

Vielzahl an Materialien, die selbst nicht von OperaistInnen oder AutonomistInnen produziert wurden und deren AutorInnen doch auf signifikante Weise mit diesen Tendenzen interagierten, sei es als Alliierte oder als Rivalen.

Zusätzlich hofft Wright, mit seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung einer materialistischen und historischen Kritik an Dokumentararbeit in linksradikalen Bewegungen generell zu leisten. Auch hier steht die Frage nach der Gewichtung von politischem Engagement und Mobilisierung im Vordergrund. Bemerkenswert ist sein hermeneutischer Ansatz bei der Definition der von ihm betrachteten Dokumente. Das gedruckte Wort wird für Steve Wright zu mehr als nur einer bloßen Nachricht, die es zu übermitteln gilt. Dokumente werden zu Artefakten, die sich in ihrer Materialität mitunter stark unterscheiden. Dies erlaubt es dem Autor, auch Radiosendungen als eine Form der Textproduktion zu integrieren. Eine wichtige Unterscheidung, die er trifft, ist die zwischen *ceto operaio* (Arbeiterschicht) und *ceto politico* (politischer Schicht). Damit zielt er auf eine Definition derjenigen Intellektuellen ab, die innerhalb der Massenbewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre die hier behandelten Dokumente erstellt und publiziert hatten. Wright geht also ein auf das Spannungsverhältnis zwischen der Selbstverortung der intellektuellen Schicht als Teil der Bewegung und dem gleichzeitigen Versuch, diese Bewegung als Ganzes zu analysieren und zu interpretieren. Dieses

Spannungsverhältnis ist für den Autor auf das Engste mit der Geschichte der Printmedien dieser Zeit als Formen der möglichen Dokumentation verbunden.

Interessanterweise scheint die historiografische Aufarbeitung dieser wichtigen Jahrzehnte der jüngeren Geschichte Italiens lediglich ein Nebeneffekt der Darstellung zu sein. Die einzelnen hier präsentierten Textformen werden zwar mehr oder weniger in chronologischer Reihenfolge behandelt. Da viele von ihnen sich jedoch zeitlich überschneiden, gibt der Autor ausladende historische Überblicke, in denen immer wieder auf bereits erwähnte Themen oder geschichtliche Ereignisse rekurriert bzw. auf noch zu erörternde Punkte verwiesen wird.

Im Vordergrund stehen die verschiedenen Textformen, jeder Abschnitt des Buches bezieht sich auf ein eigenes Genre der Textproduktion. Die Geschichte beginnt zum Beispiel mit einem Blick auf die militante Mit-Untersuchung (*conricerca*) und ermöglicht mit dem Einbinden interner Dokumentation einen guten Einblick in das Innenleben der Zeitschrift *Quaderni Rossi* ab Ende der 1950er-Jahre. Wright kann dabei sehr gut die Momente herausarbeiten, die zum internen Zerwürfnis und zur Aufteilung in ein analytisches und ein interventionistisches Lager geführt haben.

Der Zeitung *Potere Operaio* wird ein eigener Abschnitt gewidmet. Dies dient auch dazu, die Organisation der dahinter wirkenden gleichnamigen politischen Gruppierung näher ins Auge zu fassen. Bei solch einem Fokus auf PotOp bleibt jedoch

meines Erachtens ein vergleichender Blick auf die zweitwichtigste Organisation der außerparlamentarischen Linken der damaligen Zeit – *Lotta Continua* – leider aus.

Der Fokus auf die hier behandelten Textformen und Dokumente ermöglicht tiefgreifende Einblicke in Bereiche der Autonomie-Bewegung Italiens, die in anderen Monografien unterbelichtet bleiben. Dies vor allem, weil Wright in seiner Aufbereitung heterogene und heterodoxe Stimmen zulässt. Die Aneinanderreihung und mitunter auch Rivalität der einzelnen Zeitschriften, die sich dennoch zur selben politischen Tendenz zählten, wurden in anderen Büchern, die sich verstärkt auf Interviews und Nacherzählungen der damals beteiligten AktivistInnen stützten, bloß erwähnt und selten näher erklärt. Vor allem die schiefe Vielfalt der hier erwähnten Formen gedruckten Textes, die weit über die bekannte Geschichte von *Quaderni Rossi* und *Classe Operaia* bzw. von *Potere Operaio* und *Lotta Continua* hinausgehen, wirft das Licht auf eine wenig einförmige politische Bewegung.

Es geht Wright vor allem um einen endogenen Blick auf die Bewegung des *Operaismo*. Die Erzählform ist eine Geschichte der Dokumente aus den Archiven der Arbeiterkämpfe dieser Zeit. Mit der Konzentration auf diesen endogenen Blick der Bewegung bleiben jedoch die damit verbundenen blinden Flecke unbehandelt. Zum Beispiel kann Wright der ungeheuren Kreativität der politischen Theoriebildung Rechnung tragen, die schlussendlich von ein paar wenigen Thesen aus den beiden

Gründungszeitschriften *Quaderni Rossi* und *Classe Operaia* genährt wurde. Mit dieser Herangehensweise kann er jedoch keine kritischen Anhaltspunkte liefern, inwiefern diese Grundthesen sich wirklich an ihrem eigenen Ideal – einem revolutionären Umschwung – hätten messen lassen können.

Des Weiteren wird zum Beispiel auch das Abebben der Welle des politischen Enthusiasmus nach 1977 konstatiert, welche die damalige politische Schicht (*ceto politico*) ebenfalls in eine tiefe Krise stürzte. Neben den disparaten Interpretationen der damals involvierten Intellektuellen wird jedoch keine übergeordnete Analyse der Veränderung der globalen politischen Ökonomie und ihres etwaigen Einfluss auf die Klassenzusammensetzung der Arbeiterklasse Italiens der damaligen Zeit versucht. Mit diesem rein endogenen Blick auf die politische Krise wird sie folglich zu einem rein endogenen Problem, was ein wenig suggeriert, dass durch die richtige Entscheidung im richtigen Moment die Bewegung vielleicht wieder auf den richtigen Pfad hätte zurückgeführt werden können. Die dabei mitschwingende Nostalgie wird keiner tieferen Beurteilung unterzogen und kann somit nicht weiter hinterfragt werden. Tatsache ist, dass eine immense Anzahl an AktivistInnen über Generationen hinweg in den Bann dieser Bewegung gezogen wurde. Ob jedoch aus dieser schierem Anzahl allein die Zutaten für so etwas wie die „richtige“ oder „gute“ militante Praxis herausdestilliert werden kann, bleibt eine offene Frage.

Wright liefert einen imposanten Korpus an Texten und Berichten, mit deren Hilfe sich ein Raum für mögliche Antworten auf diese Frage auftut. Wrights Buch bleibt eine politische Geschichte über das Selbstverständnis militanter Gruppierungen und ihren Überlebenskampf als Teil einer breiter gefassten Arbeiterbewegung, die schlussendlich auch Studenten, Migranten oder Frauen als politische Subjekte erkannte und versuchte, über einen gemeinsamen Begriff sozialer Ausbeutung, all diese Kämpfe in einem gemeinsamen antikapitalistischen Projekt zu vereinen.

Dominik Götz

Stefan Zeppenfeld: Vom Gast zum Gastwirt? Türkische Arbeitswelten in West-Berlin (Geschichte der Gegenwart, Bd. 26), Wallstein Verlag, Göttingen 2021, 430 S.

Stefan Zeppenfeld beschäftigt sich mit der spannenden und wenig erforschten Frage: Wo und wie haben türkeistämmige Migrant:innen, die hauptsächlich für die Industriearbeit temporär angeworben worden waren, insbesondere nach dem Anwerbestopp, noch gearbeitet? Obwohl der Titel das Gegenteil suggeriert, stellt der Autor schon zu Beginn fest, dass die gastgewerbliche Arbeit quantitativ nur einen kleinen Teil der türkischen Arbeitswelten betrifft. Um ein Gesamtbild der türkischen Arbeitswelten darzustellen, erforscht Zeppenfeld auch andere berufliche Wege: Industrie, öffentlicher Dienst, akademische Berufe, illegalisierte bzw. „kriminelle“ Arbeit. Dabei

fokussiert er sich auf die siebziger und achtziger Jahre in West-Berlin.

Die Arbeit ist in die sozialhistorische Migrationsforschung einzuordnen. Die Rolle der Agency von Migrant:innen wird in der Transformation ihrer Arbeitswelten untersucht. Dabei verfolgt die Arbeit das Ziel, Migration im Sinne kritischer Migrationsforschung aus ihrer Randposition herauszunehmen. Der Autor selbst sieht seine Arbeit jedoch nur bedingt als Beitrag zur kritischen Migrationsforschung aufgrund ihrer „ethnic lens“. In seiner Methodologie bietet er eine Reflexion über die Einschränkungen von „türkischen Arbeitswelten“ als ethnisch zugeschriebene Kategorie an. Es ist aber vielmehr die Operationalisierung der Kategorie „türkische Arbeitswelten“ an sich, die zum Teil zu methodologischem Nationalismus neigt. Diese Container-Logik zeigt sich besonders in der Darstellung von türkischen Erwerbsbiografien, die in einem Aufholprozess zu deutschen Erwerbsbiografien gestellt werden. Der Autor betont zwar „Wechselwirkungen“ von türkischen Arbeitswelten mit der bundesdeutschen Gesellschaft in Bezug auf soziale Akzeptanz und Zugang. Aber dies reicht nicht aus, um Migration aus ihrer Randposition zu lösen und als analytische Kategorie in der Forschung zu integrieren.

Zeppenfeld stützt sich in seiner Arbeit auf eine Vielfalt von Quellen: archivalische und publizierte Quellen sowie sechs Interviews mit Zeitzeug:innen. Wünschenswert wäre eine ausführlichere methodologische Information über die (Durchführung der

Interviews und die Zeitzeug:innen gewesen. Die Stimmen der Migrant:innen bekommen aber auch nicht viel Gewicht in der Arbeit. Dies steht angesichts des Anspruchs der Untersuchung zur Agency von Migrant:innen zum Teil in Widerspruch.

Zusätzlich zu Einleitung und Schluss wurde die Arbeit in sieben Kapiteln aufgeteilt. Nach einer kurzen Einführung in die deutsch-türkischen Beziehungen im 20. Jahrhundert untersucht Zeppenfeld die türkischen Arbeitswelten in fünf Kapiteln. Im vorletzten Kapitel werden die Ereignisse nach dem Mauerfall kurz zusammengefasst.

Die erste türkische Arbeitswelt, die Zeppenfeld erforscht, ist West-Berlins größter Arbeitgeber: Siemens. Dort waren die türkeistämmigen Arbeiter:innen in ‚niedrigschwelligen‘ Tätigkeiten beschäftigt, was sie aber auch eigensinnig nutzten, um ihren Aufenthaltsstatus zu sichern oder ihre persönliche Situation zu verbessern. Trotz Anwerbestopp blieben sie notwendiger Teil der Belegschaft. Erst mit dem Mauerfall verloren sie diese Position. Die wenigen Aufstiegsmöglichkeiten in der Industrie waren nach Zeppenfeld theoretisch erst für die Kinder von Gastarbeiter:innen offen, weil dafür ausgeprägte Deutschkenntnisse und geringes Alter vorausgesetzt waren.

In der zweiten türkischen Arbeitswelt untersucht Zeppenfeld drei Beschäftigungszweige im öffentlichen Dienst: Reinigungskräfte, Erziehungs- und Lehrkräfte sowie Polizist:innen. In diesem Kapitel geht der Autor besonders der Frage nach, wie Migrant:innen in diesen Berufen von der

Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Er stellt fest, dass Migrant:innen, die für Gastarbeiter:innen „typische“ Tätigkeiten wie im Reinigungsgewerbe ausübten, gesellschaftlich stärker akzeptiert wurden als die wenigen Migrant:innen, die sich in Berufen, für die sie erst in Deutschland ausgebildet wurden, zum Beispiel in der Polizei, ständig beweisen mussten. Dabei betont Zeppenfeld, dass der öffentliche Dienst manchen Migrant:innen die Möglichkeit gegeben hat, ihre im Heimatland erlernten Berufe wie Erzieher:in oder Lehrer:in ausüben zu können und somit aus dem Gastarbeiter:innen-Status herauszukommen und einen individuellen Aufstieg zu schaffen.

Als Nächstes fokussiert Zeppenfeld die akademischen Berufe am Beispiel von Ärzt:innen und Rechtsanwält:innen, deren Migrationsgeschichte eine andere Dynamik als die Gastarbeiter:innen-Migration aufwies. Er erklärt die frühere Etablierung und soziale Akzeptanz türkeistämmiger Ärzt:innen im Vergleich zu Jurist:innen damit, dass Letztere eine länderspezifische akademische Ausbildung benötigten. Wegen des eher schwach hergestellten Zusammenhangs mit der Gastarbeiter:innen-Migration wirkt dieses Kapitel zu wenig in die Arbeit integriert.

Die vierte Arbeitswelt, die Zeppenfeld analysiert, ist die gewerbliche Selbstständigkeit. Anhand von Quellen wie Gewerbean- und -abmeldungen zeigt er, dass viele türkische Gewerbetreibende zwischen verschiedenen Branchen und Betrieben öfters

gewechselt haben oder gleichzeitig in mehreren tätig waren. Dabei stellt er fest, dass türkisches Gewerbe wichtige Funktionen wie Nahversorgung oder Kiez-Belebung erfüllte und zur Transformation der Gesellschaft durch einen neuen Arbeitsmarkt wie einem sich verändernden Stadtbild beigetragen hat. Dennoch betont der Autor, dass türkische Selbstständigkeit mit ihren „ungelernten“, hoch flexiblen Tätigkeiten dem Muster des Gastarbeiter:innen-Status folgte.

In der letzten Arbeitswelt beschäftigt sich Zeppenfeld mit Arbeitslosigkeit, illegalisierter und „krimineller“ Arbeit. Migrant:innen wurden in Krisenzeiten häufiger arbeitslos, fanden aber entgegen der medialen Darstellung meist auch schneller wieder Arbeit. Für die 1980er-Jahre beobachtet Zeppenfeld eine Angleichung an die deutschen Langzeitarbeitslosenzahlen. Diese Angleichung findet er auch allgemein „in Form der unliebsamen Nebeneffekte einer Volkswirtschaft“ (S. 358). Unter „krimineller“ Arbeit beleuchtet Zeppenfeld den Drogenhandel. Aufgrund der schwierigen Quellenlage diskutiert er einzelne Fälle von türkischen Migrant:innen als Dealer:innen in West- und Ost-Berlin, von türkischen Mittelspersonen in der transnationalen Warenverschiebung und die Rolle von türkischen Gaststätten als Umschlagsorte. Die fehlende Bildung wird auch hier als individueller Risikofaktor für informelle und prekäre Arbeitsverhältnisse angeführt.

Zuletzt bietet die Arbeit einen kurzen Ausblick auf die unmittelbaren Folgen des

Mauerfalls für die türkischen Arbeitswelten an. Zeppenfeld stellt fest, dass die Selbstbeschreibung von türkischen Migrant:innen über ihre Erfahrung des Mauerfalls („Die Mauer ist uns auf den Kopf gefallen“ (S. 361) eher auf die im Gastarbeiter:innen-Status stagnierenden Arbeiter:innen, jedoch weniger auf die durch Bildung, sehr gute Deutschkenntnisse und beruflichen Aufstieg gekennzeichneten Migrant:innen zutrifft.

Der Arbeit gelingt es zu zeigen, dass türkische Migrant:innen über die für sie vorgesehenen industriellen Tätigkeiten hinaus verschiedene berufliche Wege gegangen sind, die nicht vollständig politisch steuerbar waren. Die Aufteilung dieser beruflichen Wege in zwei analytische

Kategorien – im Gastarbeiter:innen-Status Stagnierende und beruflich Aufsteigende – lässt sich aber mit Bildung nur bedingt erklären. Obwohl Zeppenfeld auf die strukturellen Diskriminierungen hinweist, fließen diese Bemerkungen nicht konsequent in seine Analyse ein. Vielmehr ist es aber eine fehlende theoretische Anbindung von migrantischer Arbeit an Kapitalismuskritik, die die Bildung als Wundermittel gegen prekäre, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse erscheinen lässt. Insgesamt leistet die Arbeit aber einen wichtigen Beitrag dazu, die Migrationsgeschichte in der Geschichtsschreibung sichtbar zu machen und dabei unterschiedliche migrantische Arbeitswelten näher zu beleuchten.

Duygu Gürsel